



GRÜNE im Kreistag Mettmann · Düsseldorfer Straße 26 · 40822 Mettmann

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
im Kreistag Mettmann  
Kreishaus  
Düsseldorfer Straße 26  
40822 Mettmann  
☎ (02104) 99 29 74  
☎ (02104) 99 59 74  
💻 [gruene.fraktion@kreis-mettmann.de](mailto:gruene.fraktion@kreis-mettmann.de)  
[www.gruene-kreis-mettmann.de](http://www.gruene-kreis-mettmann.de)

Mettmann, 22. März 2010

## **Stellungnahme der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN im Kreistag Mettmann zum Haushaltsplanentwurf 2010 der Kreisverwaltung**

vorgetragen in der Sitzung des Kreistages des Kreises Mettmann am 22. März 2010 von Bernhard Ibold

### **Gliederung**

1.	Krise fordert Nachhaltigkeit	2
2.	Defizite in der Umweltnutzung	3
3.	Defizite im Sozialbereich	6
4.	Schuldenfreiheit brüchig – Nachhaltigkeit stabil	8
5.	Nachhaltigkeit im Kreis Mettmann	9
6.	Bewertung Haushaltsplanentwurf	12
7.	Auf einen Blick: GRÜNE Personen und Positionen zum Haushaltsplanentwurf 2010	13

**Es gilt das gesprochene Wort.**

Sehr geehrter Herr Landrat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen.

Sehr geehrte Damen und Herren.

## **1. Krise fordert Nachhaltigkeit**

Wir GRÜNEN stehen für Nachhaltigkeit im Kreis Mettmann!

Aus gutem Grund haben wir diese weitreichende Zielsetzung als Überschrift unserer Beratungen bis hin zur heutigen Stellungnahme zum vorliegenden Haushaltsplanentwurf gewählt. Denn Nachhaltigkeit verbindet gleichgewichtig ökologische, soziale und wirtschaftliche Entwicklungsperspektiven. Nachhaltigkeit gewährleistet, dass wir Mensch, Umwelt und Wirtschaft in einen möglichst gleichberechtigten Einklang bringen. Nachhaltigkeit schützt die Lebensqualität der Menschen und der Umwelt dauerhaft. Nachhaltigkeit eröffnet damit verantwortungsbewusste, auch für zukünftige Generationen tragbare Perspektiven.

Der Ansatz ist jedoch keineswegs neu: Erstmals wurde die Nachhaltigkeits-Perspektive 1713 von Hans Carl von Carlowitz, einem Oberberghauptmann am kursächsischen Hof in Freiberg, benannt. Er stand vor dem Problem, dauerhaft ausreichende Holzmengen für den Silberbergbau verfügbar zu haben und formulierte dazu das Prinzip der Nachhaltigkeit. Danach sollte immer nur soviel Holz geschlagen werden, wie mit planmäßiger Aufforstung durch Säen und Pflanzen nachwachsen konnte. Doch erst mit dem 'Erdgipfel' 1992 in Rio de Janeiro ist die nachhaltige Entwicklung mit der AGENDA 21 ins breite Bewusstsein getreten. Demnach soll einer weiteren Verschlechterung der Situation des Menschen und der Umwelt durch nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen entgegen gewirkt werden.

Doch diese globale Zielsetzung hat ihren Ursprung vor Ort. Die Zielsetzung der nachhaltigen Entwicklung soll auch in unseren Kreis einziehen und konkret umgesetzt werden. Dazu schlagen wir GRÜNEN das '**Leitbild Nachhaltiger Kreis Mettmann**' vor. Diese zukunfts-trächtige Perspektive drängt sich unter den ungleichgewichtigen Lebensbedingungen der aktuellen Wirtschaftskrise geradezu auf. Denn während unser Kreis glücklicherweise auch 2010 finanzwirtschaftlich schuldenfrei bleibt, ist sowohl ein **Anstieg von Defiziten der Um-**

**weltnutzung** als auch ein **Anstieg von Defiziten im Sozialbereich** zu konstatieren. Von einer ausgeglichenen Kreisentwicklung kann also keine Rede sein.

## 2. Defizite in der Umweltnutzung

Zunächst zu den Defiziten in der Umweltnutzung. Auf ein ebenso beachtenswertes wie kritisches Strukturmerkmal unseres Kreises weist die Internet-Enzyklopädie ‚Wikipedia‘ unter dem Stichwort ‚Bevölkerungsdichte‘ hin. Demnach gilt der Kreis Mettmann als der „am dichtesten besiedelte Landkreis Deutschlands“.<sup>1</sup>

Aktuelle Zahlen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik machen das Ausmaß deutlich. Unsere Kreisfläche von 40.710 Hektar ist zu knapp 40% mit Siedlungs- und Verkehrsflächen verbaut.<sup>2</sup> Damit liegen wir nach wie vor deutlich über dem gesamten Regierungsbezirk Düsseldorf mit knapp 33% und dem Land NRW mit 22%.<sup>3</sup> Freiflächen außerhalb der Siedlungs- und Verkehrsflächen sind von unter 26.500 Hektar in 1997 auf deutlich über 24.700 Hektar in 2008 gesunken – ein Freiflächen-Minus von mehr als 1.800 Hektar.<sup>4</sup>

Diese Entwicklung ist gegenwärtig keineswegs beendet: So führt die geplante Umsetzung der 5. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Velbert zu einer Netto-Verkleinerung des Landschaftsplangebietes von 22 Hektar – und dies bei einem prognostizierten Bevölkerungsrückgang der Stadt Velbert um 16,5% bis 2030. In den 22 Hektar sind übrigens die von uns GRÜNEN abgelehnten 5,6 Hektar der Velberter Wilhelmshöhe, einer geplanten Bebauung mitten im Außenbereich, noch nicht einmal enthalten.

Das Freiflächen-Minus an Feldern, Wiesen, Weiden und freier Natur ist wesentlich der Landwirtschaft entzogen worden. Ihre Wirtschaftsfläche im Kreis wird vor allem durch neue Straßen und Baugebiete zunehmend kleiner – bei weiter sinkender Bevölkerungszahl einer alternden Gesellschaft. Der solide prognostizierte Bevölkerungsschwund im Kreis macht

<sup>1</sup> <http://de.wikipedia.org/wiki/Bev%C3%B6lkerungsdichte>.

<sup>2</sup> vgl. Landesbetrieb für Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) - Geschäftsbereich Statistik - Kommunalprofil Kreis Mettmann, 18.12.2009, 3, unter: <http://www.it.nrw.de/kommunalprofil/105158.pdf>.

vgl. ähnlich auch: Bezirksregierung Düsseldorf, Regionalmonitoring - Eckdaten Kreis Mettmann, Stand Dezember 2008, 25, unter: [http://www.bezreg-duesseldorf.nrw.de/planen\\_bauen/regionalmonitoring\\_statistik/pdf/Daten\\_Kreis\\_Mettmann.pdf](http://www.bezreg-duesseldorf.nrw.de/planen_bauen/regionalmonitoring_statistik/pdf/Daten_Kreis_Mettmann.pdf).

<sup>3</sup> vgl. IT.NRW, aaO, 3.

<sup>4</sup> vgl. ebenda, 4.

sich zunehmend bemerkbar. Von gut 507.000 Einwohnern in 2003 ist der Kreis auf 499.000 Einwohnern in 2008 geschrumpft.<sup>5</sup>

Wo soll diese Entwicklung in Zukunft hingehen? Wollen wir – wie in der Vergangenheit – Bewohner der Großstädte mit niedrigen Grundstückpreisen 'auf das Land' locken, dort die bereits in den Städten gebaute Infrastruktur noch einmal errichten und dafür weitere Freiflächen opfern? Wäre das aufgrund der absehbaren demographischen Entwicklung mit zusätzlichem Einwohnerschwund im Kreis überhaupt realistisch?

Ich will an dieser Stelle auf den gefährlichen Konkurrenzkampf unserer kreisangehörigen Städte um neue Einwohner und Gewerbestandorte nur hinweisen, der oft auf der ‚grünen Wiese‘ ausgetragen wird. Neue Baugebiete lassen vorhandene Grüngürtel weiter schrumpfen. Statt Innenverdichtung in den Siedlungsgebieten zu betreiben, statt flächensparende Wohnformen zu forcieren, statt Altlastenflächen zu recyceln, geht man lieber in die freie Fläche und weist neue Wohn- und Gewerbegebiete aus.

Nun zur Absicht von CDU und FDP, das Umweltdezernat des Kreises aufzulösen: Eine derart unzeitgemäße Entscheidung im "Jahrhundert der Umwelt und des Klimaschutzes" zu treffen, hat uns erst in ungläubiges Staunen versetzt, aber noch lange nicht sprachlos gemacht. Man kann sich eine entwickelte Industriegesellschaft, wie Deutschland sie ist, nicht ohne eine starke Umweltverwaltung vorstellen. Das ist in der gesamten entwickelten westlichen Welt so. Beim Vollzug der Gesetze ist die Gesellschaft auf eine leistungsstarke Umweltverwaltung angewiesen, denn auch im Interesse der Industrie und der Bürger liegen qualifizierte, zeitnahe Genehmigungsverfahren. Gerade im Kreis Mettmann mit seiner vielfältigen gewerblichen Wirtschaftsstruktur und wegen der eben beschriebenen Verdichtungssituation von Gewerbe, Wohnen und Natur müssen viele Zielkonflikte bewältigt und Lösungen gefunden werden.

Es gibt noch etliche Gründe, warum man die Umweltverwaltung nicht schwächen darf. Einer davon ist auch ein wirtschaftspolitischer Grund. Die künftigen Exportchancen der deutschen Industrie hängen immer stärker an den Innovationen der Umwelttechnologien und der er-

---

<sup>5</sup> vgl. Landesbetrieb für Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) - Geschäftsbereich Statistik - Kommunalprofil Kreis Mettmann, 18.12.2009, 5, unter: <http://www.it.nrw.de/kommunalprofil/105158.pdf>.

neuerbaren Energien. Hier muss der Wirtschaftsraum Kreis Mettmann den Anschluss bewahren und sich weiter entwickeln. Die Zusammenarbeit des Umweltdezernats mit der Industrie – zum Beispiel in den zahlreichen Workshops und Veranstaltungen mit der IHK zur Energieeffizienz in den Betrieben – haben positive Impulse gesetzt.

Der Bereich der Umweltpädagogik erhielt in den letzten 12 Jahren ganz neue Impulse durch die Arbeit des Umweltdezernats. Die Kreislaufwirtschaft des Bioabfalls und die Wertschätzung des Bodens als unsere Ernährungsgrundlage wurden in den regelmäßigen Wettbewerbskampagnen 'Vom Kompost zum Kürbis' Kindergärten und Grundschulen als Erfahrungsthema angeboten. Die Resonanz mit jeweils 3.500 bis 5.000 teilnehmenden Kindern war enorm. Nur wenige Kreisaktionen konnten solche Teilnehmerzahlen vermelden. Bei den Verbrauchern ein echter Hit wurde die Broschüre 'Frisch vom Hof im Kreis Mettmann'. Sie war sofort vergriffen und musste nachgedruckt werden.

Ich möchte auch auf den Schwerpunkt 'Klimaschutz' im Umweltdezernat eingehen. Dieses Thema hatte Ende der 90er noch Jahre noch nicht die heutige öffentliche Wahrnehmung. Es wurde gleichwohl vom Umweltdezernat schon in Angriff genommen. Bis heute wurde eine Vielzahl von Klimaschutz-Aktivitäten entfaltet. Beispielhaft war im letzten Jahr die Veröffentlichung des 'Statusberichts Erneuerbare Energien' zusammen mit dem bergischen Städtedreieck. Das Thema Klimaschutz ist eine Generationenaufgabe und wird uns in den nächsten Jahren noch vor viele Herausforderungen stellen. Wer soll sie nun bearbeiten?

Der Umweltdezernent hat es verstanden, den finanziellen Nutzen für den Kreis beim Umweltschutz immer im Auge zu behalten. Ich erinnere exemplarisch an die Vorbereitung des Beitritts des Kreises zum regionalen Abfallwirtschaftsverband EKOCity, der den Kreisbürgern mehrere Millionen Euro an Abfallgebühren erspart hat. Die Abfallgebühren sind im Kreis zwischen 2000 und 2009 von knapp 205 Euro auf 138 Euro gesunken. Das sind über 30% weniger Müllgebühren innerhalb von 10 Jahren. Wo hat es eine ähnliche Entwicklung in NRW gegeben? Durch EKOCity haben die Kreisbürger zwischen 2006 und 2010 über 5 Millionen Euro Abfallgebühren gespart.

Wenn CDU und FDP jetzt das Umweltdezernat zerschlagen und den Dezernenten entlassen, wird die erfolgreiche Umwelt- und Klimaschutzarbeit geschwächt, wenn nicht sogar empfindlich getroffen. Wir bedauern das sehr und haben im nicht öffentlichen Teil dieser Kreistagssitzung einen Antrag zur Wiederwahl des Umweltdezernenten eingebracht.

### 3. Defizite im Sozialbereich

Neben den genannten Umweltdefiziten weise ich auf Probleme im Sozialbereich hin. Denn auch hier fällt die Bilanz negativ aus. Ich nenne hier exemplarisch für weitere Sozialprobleme die noch immer erschreckend hohe Zahl der 17.842<sup>6</sup> Bedarfsgemeinschaften im Kreisgebiet Ende 2009. Ob nun gemäß der Kalkulation der Kreisverwaltung mit einem optimistischen Plus von rund 900 für 2010<sup>7</sup> oder gemäß der Kalkulation der ARGE-ME aktiv mit einer höheren Steigerung von sogar 10% für 2010<sup>8</sup> gerechnet wird – die sich hinter den statistischen Kalkulationen verbergenden Belastungen für ganze Familien mit Kindern, die finanziellen, sozialen und psychischen Probleme, die Ausgrenzung von Arbeitsprozessen und damit von wesentlichen Grundlagen unserer gesellschaftlichen Teilhabe und Identifikation, müssen uns aufrütteln. Wir dürfen diese kontinuierlich steigende Entwicklung nicht hinnehmen. Aber statt aktiv gegen das zunehmende Sozialgefälle anzugehen, schließen CDU und FDP die unerlässlichen Qualifizierungs- und Arbeitsangebote der Kreisbeschäftigungsgesellschaft. Sowohl aus ökonomischer Sicht – Stichworte: De-Qualifizierung, wachsende Arbeitsmarktferne, Kosten der Unterkunft – als aus sozialer Sicht – Stichworte: mangelnde Einbindung in gesellschaftliche Prozesse, Perspektivlosigkeit, Verarmungsgefahr – ist dieser Schritt nicht nachvollziehbar.

In diesem Zusammenhang weise ich auf die bekannte Tatsache hin, dass der Kreishaushalt bereits im sechsten Jahr hintereinander keine Schlüsselzuweisungen aus dem Finanzausgleich erhält. Unser Kreis gilt nach wie vor als **'einkommensstark'** – ein mit Blick auf die Bedarfsgemeinschaften sicherlich wichtiges Signal für das wachsende soziale Ungleichgewicht in unserem Kreis.

---

<sup>6</sup> vgl. Kreisverwaltung Mettmann, Haushaltsplanentwurf 2010, 614.

<sup>7</sup> vgl. ebenda, 614.

<sup>8</sup> vgl. [http://www.arge-mettmann-aktiv.de/common/library/dbt/sections/zahlenfakten/files/12\\_download\\_AMP\\_2010.pdf](http://www.arge-mettmann-aktiv.de/common/library/dbt/sections/zahlenfakten/files/12_download_AMP_2010.pdf).

Apropos 'Soziales Ungleichgewicht': Auch die erfolgreiche Arbeit der 'Fachstelle Frau und Beruf' soll nach dem Willen von CDU und FDP nicht eigenständig weiter geführt werden. Statt den notwendigen Stellenwert der Frauenförderung und Gleichstellung auch in explizit zur Verfügung gestellten Stellenanteilen zu betonen, werden die Arbeitsinhalte von ursprünglich 1,5 Stellen auf bisher noch eine halbe Stelle reduziert und jetzt zerschlagen. Das ist ein falsches Signal an die Unterstützung suchenden Frauen, an die beschäftigten Frauen in der Kreisverwaltung und natürlich auch generell an die Öffentlichkeit. Der Landrat war doch 1999 mit dem Versprechen angetreten, der Frauenförderung und Gleichstellung einen hohen Stellenwert einzuräumen. Der damalige Anspruch ist in keinem Fall mit dem – im späteren Verlauf der heutigen Kreistagssitzung auf Antrag seiner CDU – anstehenden Beschluss zur Auflösung der Fachstelle vereinbar. Den Antrag tragen wir GRÜNEN ausdrücklich nicht mit.

Zu einem weiteren Sozialthema: Nach Einschätzung der Sozialverwaltung drohen künftig enorme Kosten durch die wachsende Heimunterbringung ältere Menschen. Nun soll Abhilfe durch neue Konzepte geschaffen werden. Wir GRÜNEN hatten schon vor über zehn Jahren den sozialpolitischen Qualitätsanspruch, älteren Menschen im Kreis so lange wie möglich das Wohnen in den gewohnten eigenen vier Wänden zu ermöglichen. Wir setzen uns schon seit vielen Jahren für die verantwortungsvolle Reduzierung der Heimunterbringung und den demografieorientierten Ausbau neuer Wohnformen bis hin zu Mehrgenerationenhäusern ein. Unsere Anregungen, sich wenigstens über diese Thematik zu informieren, wurden vor allem von der CDU jahrelang belächelt. Mittlerweile beobachten wir - nicht zuletzt unter dem Kostendruck - ein sozialpolitisches Umdenken, das sich in dem im Laufe der heutigen Kreistagssitzung noch anstehenden Bericht der Kreisverwaltung über das Projekt 'ALTERnativen 60plus' ausdrückt – ein sinnvoller Baustein im Rahmen unserer Nachhaltigkeitsansprüche.

Ebenso stellt die Nachhaltigkeit in der Bildung für uns GRÜNE eine besondere Verantwortung dar. Deshalb war es immer unsere Forderung, Menschen mit Behinderung von Beginn an eine gleichberechtigte Teilhabe zu sichern. Daher begrüßen wir die aktuellen Anstrengungen und sehen es als Bestätigung auch unserer Politik an, dass es zur Einrichtung von Kompetenzzentren im Förderschulbereich kommen wird.

Gleichwohl ist kritisch anmerken, dass der außerordentliche Zeitdruck und die offensichtlich problematische Vorberatung mit den beteiligten Kommunen nicht sachdienlich war. Zudem weisen wir auch weiterhin darauf hin, dass die vom jetzigen Pilotprojekt leider ausgenommen Menschen mit geistiger und körperlicher Behinderung gleiche Rechte wie alle anderen Gruppen erhalten. Daher sehen wir aus grüner Sicht in dem angestrebten Pilotprojekt nur einen Auftakt und werden das weitere Vorgehen kritisch begleiten. Wir wollen sicherstellen, dass eine **Umsetzung für Alle** erfolgt und nicht nur ein medienwirksamer Bildungsakzent aus wahlkampfaktischen Erwägungen der CDU und FDP auf Landsebene gesetzt wird.

#### **4. Schuldenfreiheit brüchig – Nachhaltigkeit stabil**

Aber zurück zu unserer Bilanzierung: Welche Konsequenzen ziehen wir mit Blick auf die Probleme in der Umwelt- und Sozialentwicklung? Deutlich wird, dass die von uns GRÜNEN in den vergangenen Haushaltsreden schon hinterfragte **einseitige Entwicklung des Kreises** weiter vorangeschritten ist. Die von uns vorgeschlagene 'ganzheitliche Orientierung' auf **gleichberechtigte soziale, ökologische und ökonomische Kennziffern der Entwicklung** fehlt nach wie vor. Finanzpolitisch steht der Kreis zum Glück auch weiterhin schuldenfrei da. Umweltpolitisch sind hingegen Schulden in der Freiflächenversiegelung angehäuft worden. Sozialpolitisch werden in unserem einkommensstarken Kreis die Defizite bei der Gerechtigkeitsfrage immer deutlicher.

Aber Vorsicht vor der umjubelten Überbetonung der finanziellen Schuldenfreiheit als Errungenschaft einer besonders vorausschauenden Finanzpolitik des Kreises. Denn wie brüchig die hoch gelobte Schuldenfreiheit ist, wurde schon bei der Einbringung des aktuellen Haushaltes unter Hinweis auf bundes- und landespolitische Entwicklungen in Aussicht gestellt. Auch die finanzwirtschaftliche Schuldenfreiheit ist aller Voraussicht nach schon im Jahresverlauf mehr als gefährdet. Die ersten Verteilungskämpfe hier im Kreistag sind doch längst ausgebrochen. Und damit wird dann auch die letzte Trumpfkarte der Kreispolitik nichts mehr Wert sein.



Aus finanzwirtschaftlicher Sicht sei nochmals daran erinnert, dass es CDU und FDP mit ihrer Bundeskanzlerin und ihrem Ministerpräsidenten sind, die mit dem Anspruch der Finanzkonsolidierung angetreten waren. Doch mit ihrer Abwrackprämie, Klientelpolitik, Begünstigung von Hoteliers und der Milliardenunterstützung für Banken sind die Haushalte nicht konsolidiert worden, sondern weisen erschreckende Verschuldungsrekorde auf, die künftige Generationen schwer belasten.

Das alles hält Schwarz-Gelb nicht davon ab, von Kürzungsplänen bei den sozialen Leistungen über Planungen zum Wegfall der Gewerbesteuer bis hin zu Versprechen von Steuerensenkungen sowohl das soziale Ungleichgewicht voranzutreiben als auch unsere Gemeinden noch weiter in die Krise zu treiben. Alleine die Umsetzung der FDP-Steuerensenkungsansprüche würde uns alle teuer zu stehen kommen und viele Kommunen, die schon jetzt vor dem finanzpolitischen Kollaps stehen, in die Katastrophe führen.

Aber wir wollen nicht alleine auf das weiter entfernte Berlin zeigen: Auch im nahen Düsseldorf wollte die Landesregierung doch ehrgeizig sogar das finanzwirtschaftliche Musterland Bayern überholen. Sie ist aber schon im letzten Jahr im Rahmen des Länderfinanzausgleichs vom Geber- zum Nehmerland mutiert bei weiter steigender Nettoneuverschuldung. Von finanzökonomischer und sozialverantwortlicher Vernunft zum Nutzen jetziger und künftiger Generationen kann bei Schwarz-Gelb weder auf Bundes- noch auf Landesebene die Rede sein.

## **5. Nachhaltigkeit im Kreis Mettmann**

Unter diesen Bedingungen haben wir Bündnisgrünen uns in den vergangenen Wochen und in unserer diesjährigen Haushaltsklausur mit **ganzheitlichen Perspektiven zur Reduzierung der benannten ökonomischen, ökologischen und sozialen Defizite** beschäftigt. Das Ergebnis ist unser eingangs erwähntes **'Leitbild Nachhaltiger Kreis Mettmann'**.

Zum Verständnis ist gleich eine wichtige Zielperspektive zu klären: Die Nettoneuverschuldung des Kreises muss auch 2010 weiterhin bei null Euro liegen. Mit der Einsparung von

Tilgungsleistungen und Kreditzinsaufwendungen schaffen wir finanzielle Räume und tragen dazu bei, dass künftige Generationen nicht unsere Finanzschulden abtragen müssen. Diese Kreisentwicklung tragen wir nach wie vor mit. Mit diesem finanzwirtschaftlichen Anspruch und mit dem hier gleichgewichtig einbezogenen Ziel des Abbaus der dargestellten Umwelt- und Sozialprobleme bieten wir unter der Nachhaltigkeitsperspektive vernünftige und zukunftsträchtige Perspektiven zum Schutz unserer Umwelt, für soziale Gerechtigkeit und für ökonomische Stabilität.

Die Leitmaxime lautet: **Ökologische Vernunft, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliches Handeln bedingen einander.** Unser "Green New Deal" mit der 'Drei-E-Strategie' – 'Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Energieeinsparung' – weist die Richtung. Nachhaltigkeit ist effizient, ressourcenschonend und sozial.

**Was heißt das nun konkret für unseren Kreis Mettmann?** Wir haben unsere Vorschläge auf dem Weg zu einem 'Nachhaltigen Kreis Mettmann' in 17 begründeten Anträgen in die Haushaltsberatungen der vergangenen Wochen eingebracht. Wir haben uns zum Beispiel eingesetzt

- für Betreuungsangebote für Kinder mit Behinderung durch Ausweitung der Öffnungszeiten bei heilpädagogischen Tageseinrichtungen;
- für eine externe Moderation im Rahmen der schwierigen Einführung von Kompetenzzentren;
- für den Neuaufbau des Allgemeinen Sozialdienstes (ASD) für Senioren beim Kreis als mobile Arbeitsgruppe;
- für die Förderung migrationsspezifischer Pflegedienste.

Diese vier Beispiele mögen ausreichen, um die weit über ein Haushaltsjahr hinausreichende Ausrichtung der Nachhaltigkeit zu unterstreichen. Über ein Haushaltsjahr hinausgehende Perspektiven der Nachhaltigkeit haben wir auch in den vergangenen Jahren bereits im Rahmen des von uns eingebrachten **Qualitativen Wachstums für den Kreis** vertreten. Erinnerung sei hier nur an unsere Vorschläge 'Generationenfreundlicher Kreis', 'Generationenübergreifende Wohnformen', 'Bürgersolarinitiative', 'Kooperation von Ökologie und Ökono-

mie', 'Integrationsförderung', 'Aktive Gestaltung des Demografischen Wandels' und das gerade auch auf übergeordneter Ebene verfolgte 'ÖPNV-Sozialticket'. Diese Perspektiven sind unter der Nachhaltigkeitsorientierung selbstverständlich nach wie vor aktuell, zumal die benannten Defizite im Umwelt- und Sozialbereich immer offensichtlicher werden.

Wenn es ein **Symbol für das Gegenteil von Nachhaltigkeit** gibt, dann ist es die 'CO-Pannenpipeline' des BAYER-Konzerns. Die aktuell wieder zu beobachtenden 'hilflosen Nachbesserungsversuche' zeigen wiederholt die gefährliche Substanz dieses Projektes für uns Bürgerinnen und Bürger.

Wir GRÜNEN bedanken uns an dieser Stelle ausdrücklich für das nach wie vor ungebrochene Engagement der kreisweiten Bürgerbewegung gegen die Giftgas-Pipeline. Statt Bauausführungen im Nachhinein zu genehmigen oder immer neue Nachbesserungen zu verordnen, sollte sich die Landespolitik deren Argumente zu eigen machen und den Betrieb der Pipeline endgültig stoppen.

Es ist leider festzustellen, dass die CDU-Landtagsabgeordneten aus dem Kreis bei diesem Thema nach wie vor mit 'gespaltener Zunge' reden. Während sie vor Ort gegen das Projekt wettern, per Brief öffentlichkeitswirksam mit den BAYER-Managern hadern und in immer neuen Pressemitteilungen Bedenken äußern, verließen sie jüngst in der öffentlichen Anhörung im Landtag bei der Abstimmung zur Beendigung des Pipeline-Projektes den Saal. Sie waren nicht stimmberechtigt und anscheinend am Ergebnis dann auch nicht sonderlich interessiert. Zuvor hatte die CDU-Ausschussvorsitzende die öffentliche Pipeline-Anhörung beendet, die Zuhörer zum Verlassen des Raumes aufgefordert und schließlich eine dadurch 'ruhigere' Gesprächsatmosphäre attestiert.

Dieses zweifelhafte Demokratieverständnis wurde aber noch übertroffen: Nachdem die Öffentlichkeit den Sitzungssaal im Landtag größtenteils verlassen hatte, wurde im dann hergestellten 'internen Zirkel' über den GRÜNEN Antrag auf Einstellung der Pipeline-Bauarbeiten und Beendigung des Projektes abgestimmt. Raten Sie mal, zu welchem Ergebnis die Abstimmung ohne Öffentlichkeit geführt hat? Bis auf uns GRÜNE haben sich alle

Fraktionen gegen die Einstellung der Bauarbeiten und gegen die Beendigung des Pipeline-Projektes ausgesprochen.

Was soll die Öffentlichkeit denn von Parteien halten, deren Repräsentanten sich vor Ort als Pipeline-Gegner - die anstehende Wiederwahl immer im Blick - profilieren, während die eigenen Parteifreunde bei entscheidenden Abstimmungen aber genau für die Pipeline stimmen? Die Strategie scheint klar: In Düsseldorf pro Pipeline, im Kreis kontra Pipeline. Übermorgen, am 24. März, steht die endgültige Abstimmung zu unserem Antrag 'CO-Pipeline-Projekt endlich beenden - Arbeitsplätze an den Standorten sichern' auf der Tagesordnung der Landtagssitzung. Hier wird die Öffentlichkeit die vier CDU-Abgeordneten messen und deren Ehrlichkeit bewerten können.

## **6. Bewertung Haushaltsplanentwurf 2010**

Zu unserer Gesamtbewertung des Haushaltsplanentwurfs: Zunächst danken wir dem Team um Kreiskämmerer Herrn Herweg wieder ausdrücklich für das persönliche Engagement und die fachliche Kompetenz im Rahmen der Aufstellung des vorliegenden Entwurfs. Unser nun zu nennendes Beratungsergebnis bezieht sich in keiner Weise auf die finanzwirtschaftliche Technik und Arbeitsleistung aller Beteiligten. Uns geht es in der abschließenden Bewertung vielmehr um die grundsätzliche Ausrichtung der Produktbereiche und Produktinhalte.

Wie Sie nach den Ausschussberatungen wissen, haben wir 10 der 17 Produktbereiche zugestimmt, uns bei 4 Bereichen enthalten und 3 Entwürfe abgelehnt. Den Stellenplan lehnen wir angesichts der Auflösung der 'Fachstelle Frau und Beruf' und der Abschaffung des Umweltdezernenten ab.

Aufgrund dieser differenzierten Meinungsbildung, aufgrund der bis auf unseren Antrag zum Beschlusscontrolling abgelehnten Haushaltsanträge, aufgrund der fehlenden Perspektiven zur Verwirklichung unserer geschilderten Nachhaltigkeitsperspektive und aufgrund der somit fehlenden Perspektiven zum deutlichen Angang gegen die geschilderten Probleme im Umwelt- und Sozialbereich lehnen wir den vorliegenden Haushaltsplanentwurf 2010 ab.

## Stellungnahme der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zum Haushaltsplanentwurf 2010

Selbstverständlich werden wir uns mit unserer **ganzheitlichen Ausrichtung** auch weiterhin konstruktiv mit eigenen Ideen für einen Kreishaushalt einsetzen, der das entwickelte '**Leitbild Nachhaltiger Kreis Mettmann**' verwirklicht.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

### **7. Auf einen Blick:**

#### **GRÜNE Personen und Positionen zum Haushaltsplanentwurf 2010**



Das Fraktionsteam BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN im Kreistag Mettmann.

Produktbereich 1: Innere Verwaltung	Zustimmung
Produktbereich 2: Sicherheit und Ordnung	Enthaltung
Produktbereich 3: Schulträgeraufgaben	Ablehnung
Produktbereich 4: Kultur und Wissenschaft	Ablehnung
Produktbereich 5: Soziale Leistungen	Ablehnung
Produktbereich 6: Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	Zustimmung
Produktbereich 7: Gesundheitsdienste	Enthaltung
Produktbereich 8: Sportförderung	Zustimmung
Produktbereich 9: Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation	Zustimmung
Produktbereich 10: Bauen und Wohnen	Zustimmung

**Stellungnahme der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zum Haushaltsplanentwurf 2010**

Produktbereich 11: Ver- und Entsorgung	Zustimmung
Produktbereich 12: Verkehrsflächen und -anlagen / ÖPNV	Zustimmung
Produktbereich 13: Natur- und Landschaftspflege	Zustimmung
Produktbereich 14: Umweltschutz	Zustimmung
Produktbereich 15: Wirtschaft und Tourismus	Enthaltung
Produktbereich 16: Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	Enthaltung
Produktbereich 17: Stiftungen	Zustimmung
Nettoneuverschuldung = Null Euro	Zustimmung

Stellenplan	Ablehnung
Gesamtergebnisplan	Ablehnung
Gesamtfinanzplan	Ablehnung
Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2010	Ablehnung

## **Rede zum Haushalt 2010** (es gilt das gesprochene Wort)

Herr Landrat,  
meine Damen und Herren,

### **Kreis bleibt schuldenfrei**

mit dem Haushalt 2010 setzt der Kreis seinen bewährten Kurs solider Finanzen konsequent fort. Der Haushalt ist erneut in Aufwand und Ertrag ausgeglichen. Der Kreis bleibt schuldenfrei, eine Kreditaufnahme ist zum dritten Mal in Folge weder im Haushaltsjahr noch im Finanzplanungszeitraum bis 2013 vorgesehen. Damit bleiben die finanziellen Spielräume in der Zukunft unvorbelastet. Das ist praktizierte Generationengerechtigkeit. Davon profitieren die kreisangehörigen Städte und letztlich vor allem die Bürger. Die geringst mögliche finanzielle Belastung der Bürger war stets und bleibt auch in Zukunft das zentrale Ziel der FDP-Kreistagsfraktion.

### **Keine Belastung der Städte**

Zudem trägt der Haushalt dem berechtigten Interesse der Städte, auch aktuell höhere Belastungen zu vermeiden, eindrucksvoll Rechnung. Trotz unabwiesbarer zusätzlicher Belastungen im Sozialhaushalt von 10,1 Mio. € bleibt das Aufkommen der Kreisumlage mit 292,2 Mio. € gegenüber 291,3 Mio. € im Jahr 2009 annähernd konstant, wobei die Steigerung um 0,9 Mio. € ausschließlich auf der Weitergabe der vom LVR beabsichtigten Erhöhung der Landschaftsumlage um 0,15 Prozentpunkte an die kreisangehörigen Städte beruht. Der Kreis folgt damit lediglich der seit Jahren gängigen Praxis, Verbesserungen und Verschlechterungen aus der Landschaftsumlage eins zu eins an die Städte weiter zu geben. Die Sonderumlage VRR kann demgegenüber um 1 Mio. € gesenkt werden. Insgesamt stellt sich der Kreishaushalt damit wie auch in den vergangenen Jahren als äußerst gemeindefreundlich dar. Insbesondere wenn man berücksichtigt, dass der Rückgang der Umlagegrundlagen der kreisangehörigen Städte im Referenzzeitraum um 15,5 Mio. € durch die Verbesserungen aus dem Einheitslastenabrechnungsgesetz in Höhe von 25,8 Mio. € mehr als kompensiert wird.

### **Kreis spart**

Dass es dem Kreis – trotz deutlicher für ihn größtenteils nicht beeinflussbarer Kostensteigerungen insbesondere bei den Soziallasten – gelingt, die absolute Höhe der Kreisumlage nahezu konstant zu halten, ist von der Industrie- und

Handelskammer denn auch ausdrücklich begrüßt worden. Für die dies ermöglichenden Konsolidierungsanstrengungen dankt die FDP-Fraktion allen daran beteiligten Mitarbeitern des Kreises. Die Sparrunden der Verwaltung haben in der Tat zu bemerkenswerten Ergebnissen geführt. Kaum ist der ME-BIT wieder in die Ämterstruktur der Kreisverwaltung integriert, können die Aufwendungen für die Technikunterstützte Informationsverarbeitung um 600 T€ gesenkt werden. Und, Chapeau, Frau Haase, Sie haben in der Bauverwaltung so viel Einsparpotential entdeckt, dass selbst für die SPD-Fraktion noch ein paar Anträge übrig geblieben sind.

### **2011 und 2012 werden hart**

Für die Jahre 2011 und 2012 sind jedoch weiter und stärker zurückgehende Umlagegrundlagen zu erwarten. Der Arbeitskreis Steuerschätzung hat im November 2009 im Hinblick auf die kommunalen Steuereinnahmen für das Jahr 2009 ein Minus von 10% und für das Jahr 2010 ein weiteres Minus von 4% gegenüber dem Vorjahr prognostiziert, bevor es in 2011 wieder zu Zuwächsen kommt. Ab Mitte 2009 läuft unser Referenzzeitraum für 2011, ab Mitte 2010 der Referenzzeitraum für 2012, das heißt, diese Entwicklung trifft uns mit einem Zeitverzug von einem Jahr auf der Ertragsseite im Haushalt. Insoweit erscheint der von den Kämmerern der kreisangehörigen Städte prognostizierte Rückgang der Umlagegrundlagen um etwa 10% für den Kreishaushalt 2011 nicht ganz unrealistisch. Zudem ist ab dem nächsten Jahr ein deutlicher Anstieg der Landschaftsumlage zu erwarten. Für den Finanzplanungszeitraum bis zum Jahr 2013 geht der LVR bei einem gleichbleibenden Hebesatz von 16,0% von einem Defizit von rund 700 Mio. € aus. Die Ausgleichsrücklage des Landschaftsverbands wird im Jahr 2011 vollständig verzehrt sein, so dass daher der Hebesatz der Landschaftsumlage ab dem nächsten Jahr deutlich steigen wird. Das sind keine rosigen Aussichten, meine Damen und Herren.

Welche Schlussfolgerungen sind daraus zu ziehen?

### **Gemeindefinanz- reform notwendig**

Erstens, die längst überfällige Reform der Gemeindefinanzen muss auf Bundesebene nunmehr zügig vorangetrieben werden. Die Gewerbesteuer, deren Anteil brutto an den Gemeindesteuern in Nordrhein-Westfalen 54,8% beträgt, ist konjunkturanfällig und bietet den Kommunen keine verlässliche Planungsgrundlage. Bei einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von 5% im letzten Jahr brach die Gewerbesteuer nach einer Schätzung des Deutschen Städtetags um 18,3% ein. Für 2010 wird trotz eines Wirtschaftswachstums zwischen 1,5% und 2% ein weiterer Rückgang der Gewerbesteuer um 2,9% prognostiziert. Ziel muss es daher sein, die Gewerbesteuer durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer und einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftssteuer mit eigenem



Heberecht zu ersetzen. Dazu, Herr Landrat, haben Sie sich bei der Einbringung des Haushaltsentwurfs mit begrüßenswerter Klarheit bekannt. Die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission zur Neuordnung der Gemeindefinanzen, die unter anderem diese Fragestellung zu prüfen hat und der auch Vertreter der kommunalen Spitzenverbände angehören, beabsichtigt ihren Abschlussbericht noch in diesem Jahr vorzulegen. Nach den durchaus positiven Signalen aus dem Bundesfinanzministerium nach der ersten Sitzung der Kommission am 4. März könnte sich allerdings wieder einmal die Vielstimmigkeit im Chor der Kommunen als deren Achillesferse erweisen. Nicht nur aus dem Städtetag ist Widerstand zu erwarten, auch die Rätiger SPD hat für die Ratssitzung am Donnerstag eine ablehnende Resolution eingebracht, mit der dieses für die kommunale Familie neben der Verankerung des Konnexitätsprinzips im Grundgesetz wichtigste Reformprojekt abgelehnt werden soll. Daneben bleibt die Umstellung der Anpassungsformel hinsichtlich der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft weg von der jahresdurchschnittlichen Anzahl der Bedarfsgemeinschaften hin zu den tatsächlichen Kosten der Unterkunft für die Kommunen eine elementare Forderung. Hier bleibt zu hoffen, dass die auf einen Antrag Nordrhein-Westfalens zurückgehende Anrufung des Vermittlungsausschusses Erfolg zeigt.

#### **LVR muss sparen**

Zweitens. Mindestens genauso wichtig wie die finanziellen Rahmenbedingungen durch den Bundes- und Landesgesetzgeber ist allerdings, dass die kommunale Familie – und zwar die Umlageverbände Kreis und Landschaftsverband ebenso wie Städte und Gemeinden - ihre Hausaufgaben macht, Konsolidierungspotential konsequent aufspürt und nutzt und sich nicht mit dem Hinweis auf eine in den allermeisten Fällen nur vermeintliche Vergeblichkeitsfalle aus der Verantwortung stiehlt. Der Landschaftsverband ist demnach aufgefordert, seine Anstrengungen bei der Suche nach Einsparungsmöglichkeiten deutlich zu verstärken. Vergewärtigt man sich beispielsweise die komfortable finanzielle Situation der Werkstätten des Kreises Mettmann, verfestigt sich der Eindruck, dass die Möglichkeiten des Landschaftsverbandes Konsolidierungspotential zu erschließen, noch lange nicht am Ende der Fahnenstange angekommen sind. Insoweit begrüßt die FDP-Kreistagsfraktion die Ankündigung des LVR, zeitnah in weitergehende Überlegungen zur Konsolidierung einzusteigen und eine Art „Haushaltssicherungskonzept“ für den LVR zu erarbeiten.

#### **Interkommunale Zusammenarbeit ausbauen**

Die kreisangehörigen Städte sind in erster Linie aufgefordert, die interkommunale Zusammenarbeit zu verstärken. Da lassen sich aus den letzten Jahren unzählige Beispiele wegen Kirchturmdenkens verpasster Chancen zu Kostensenkungen

finden. Ich will beispielhaft nur die technikunterstützte Informationsverarbeitung nennen, bei der ein Gutachter 2004 ein Synergiepotential in mehrfacher Millionenhöhe festgestellt hat. Insofern, Herr Völker, haben Sie mit Ihrer Kritik an den Städten völlig recht. Der Kreis seinerseits steht den Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit jedenfalls stets offen gegenüber.

### **Kreis muss vorsorgen**

Aber auch der Kreis muss infolge der bereits jetzt absehbaren Einnahmerückgänge in den kommenden beiden Jahren unverzüglich entsprechende Vorsorgemaßnahmen treffen und weiterhin mit Nachdruck nach weiteren Einsparungsmöglichkeiten suchen. Die FDP-Fraktion jedenfalls ist zu den notwendigen Einschnitten bereit. Denn uns ist bewusst, dass diejenigen gestärkt aus der Wirtschafts- und Finanzkrise hervorgehen werden, die frühzeitig reagiert, ihre Ausgaben gesenkt und ihre Strukturen angepasst haben. Das gilt für Kommunen ebenso wie für die Privatwirtschaft. Nur dass diese aufgrund der anderen rechtlichen Rahmenbedingungen meist flexibler reagieren kann. Dazu gehört für die FDP-Kreistagsfraktion auch, größere Investitionen zurück zu stellen, bis sich die finanzielle Lage des Kreises wieder verbessert hat. Insofern bedauern wir, dass der Bau von Mensen an den Berufskollegs nicht mehr aus Mitteln des Konjunkturpakets II finanziert werden kann, insbesondere da den letzten durch die Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen des Konjunkturpakets II nicht mehr eine den 2009 beschlossenen Maßnahmen vergleichbare Überzeugungskraft innewohnt. Dies gilt insbesondere für die zusätzlich bereitgestellten Mittel zur Fenstersanierung des Berufskollegs Niederberg, ohne dass diese Maßnahme auch zu Ende geführt werden könnte. Daher hat der Kreisausschuss nun dem Landrat einen entsprechenden Prüfauftrag in Bezug auf die Mensen erteilt. Aufgrund der bislang getätigten hohen Investitionen befindet sich die Infrastruktur des Kreises aber in einem solch guten Zustand, dass wir auch ein paar magere Jahre ohne weiteres überstehen. So ist es noch gar nicht lange her, dass sowohl die Sporthalle am Berufskolleg Neandertal als auch die K20n jeweils ihrer Bestimmung übergeben werden konnten. Und der bereits im Haushalt veranschlagte Bau der Osttangente in Mettmann hat für die FDP-Kreistagsfraktion weiterhin höchste Priorität.

### **Personal- aufwendungen senken**

Meine Damen und Herren,  
auch der Personalhaushalt kann aufgrund der sich absehbar verschlechternden Ertragssituation von der Notwendigkeit zu Einsparungen nicht ausgenommen werden. Dem ungebremsten Wachstum der Personalaufwendungen in drei Jahren von 46,5 Mio. € auf nunmehr knapp 60 Mio. € muss daher endlich entschlossen gegengesteuert werden. Dieser

kontinuierliche Anstieg seit 2007 um 28% lässt sich nicht alleine mit Tarif- und Besoldungserhöhungen oder von Bund und Land übertragenen Aufgaben erklären, auch nicht mit der Wiedereingliederung des ME-BIT in die Ämterstruktur der Kreisverwaltung, die einen Sondereffekt im laufenden Haushalt darstellt. Da bleibt ein Delta. Der auf Antrag der FDP-Fraktion im Dezember 2008 vom Kreisausschuss gefasste Beschluss, mit dem der Landrat beauftragt worden ist, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um bis zum Jahr 2012 ein jährliche Verminderung der Personalaufwendungen in Höhe von 250 T€ zu erreichen und dem Unterausschuss für Personalfragen einen Maßnahmenkatalog zur Deckelung der Personalaufwendungen im Finanzplanungszeitraum vorzulegen, hat sich als nicht ausreichend erwiesen. Zum einen ist der zweite Teil des Beschlusses nicht umgesetzt und der geforderte Maßnahmenkatalog nicht vorgelegt worden.

### **Transparenz herstellen**

Zum anderen fehlt es – und das ist besonderes unbefriedigend – dem Personalhaushalt weiterhin an der insbesondere nach dem NKF erforderlichen Transparenz. Letzteres habe ich vor einem Jahr an gleicher Stelle bereits mit klaren Worten moniert – aber es scheint nicht angekommen zu sein. Und deshalb muss ich dieses Jahr wohl noch deutlicher werden. Die sich im Personalhaushalt wiederfindenden Standarderläuterungen, allen voran die „Steigerung des Ansatzes aufgrund einer personalwirtschaftlichen Maßnahme“, stellen eine Zumutung dar. Die FDP-Kreistagsfraktion fordert ein, dass dem Prinzip, dass Veränderungen im Haushalt nachvollziehbar erläutert werden, auch im Personalbereich endlich wieder Rechnung getragen wird und wird dies notfalls bei den nächsten Haushaltsberatungen mit entsprechenden Anfragen durchsetzen. Man kann – insbesondere aufgrund der in anderen Bereichen ordentlichen Qualität der Erläuterungen – sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Erläuterungen im Personalhaushalt bewusst nichtssagend gehalten worden sind. Als ob die Personalwirtschaft als eine Art Geheimwissenschaft betrachtet wird, die den Kreistag und die Öffentlichkeit nichts angeht.

### **Kreisverwaltung verschlanken**

Da hilft auch der Hinweis nichts, der Anteil der Personalkosten am Gesamthaushaltsvolumen liege mit 14% deutlich unter dem Schnitt vieler anderer Kommunen. Mir ist dazu nur aufgefallen, dass die Personalintensität des Kreises Wesel etwas geringer und die des Kreises Kleve mit nur 11% sogar deutlich geringer ist. Und das, obwohl der Kreis Mettmann im Gegensatz zu den beiden Kreisen Wesel und Kleve nur große und mittlere kreisangehörige Städte und daher ein viel eingeschränkteres Aufgabenspektrum hat, beispielsweise kein eigenes Jugendamt vorhält. Die entscheidende Frage ist doch vielmehr die, wie der Kreis Mettmann im Vergleich zu den anderen schuldenfreien Kommunen im Land Nordrhein-

Westfalen dasteht. Das ist unsere Vergleichsgruppe und diese legen – soweit mir das beispielsweise aus Reken, Langenfeld und Düsseldorf bekannt ist - auf die Begrenzung der Personalaufwendungen größten Wert. Denn die Personalaufwendungen stellen von den großen Blöcken des Haushalts den noch am ehesten Beeinflussbaren dar. Aufgrund der sich insbesondere für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 abzeichnenden finanziellen Engpässe ergibt sich – vor allem mit Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der kreisangehörigen Städte – daher insbesondere im Hinblick auf die Personalaufwendungen die Notwendigkeit, die Kreisverwaltung schlanker aufzustellen.

### **Keine Tabus**

Mit dieser Analyse stehen wir als FDP-Kreistagsfraktion keineswegs alleine. Die Kämmerer der kreisangehörigen Städte haben in ihrer Stellungnahme zum Haushalt darum gebeten, dass alle Sparbemühungen im Hinblick sowohl auf die Personalkosten als auch auf die Sachausgaben so kurzfristig wie möglich realisiert werden. In ihrer Stellungnahme zum Haushalt schreibt die Industrie- und Handelskammer dazu: „Wie bereits in der Stellungnahme der kreisangehörigen Städte zum Haushaltsentwurf des Kreises angeregt, sollte der Kreis Mettmann weitere Einsparungsmöglichkeiten – insbesondere bei seinen Personal- und Sachkosten – prüfen.“, und: „Zusätzliche freiwillige Aufgaben und Projekte sollten bis zu einer Erholung der städtischen Haushalte einer kritischen Überprüfung unterzogen und gegebenenfalls zurückgestellt oder aufgegeben werden.“ Auch der UnternehmerKreis Mettmann begrüßt einhellig, dass im Kreishaushalt gespart werden soll. Angesichts der für 2011 und 2012 erwarteten Gewerbesteuer-Einbrüche gehe es darum, durch Einsparungen die Belastungen für die kreisangehörigen Städte zu begrenzen. Das besondere Augenmerk – so der UnternehmerKreis – müsse auf den Personalkosten liegen. Dabei sei wichtig, dass alle Ebenen der Kreisverwaltung einbezogen würden und es keine Tabus gebe.

### **Neue Wege einschlagen**

Dem kann sich die FDP-Kreistagsfraktion nur anschließen, meine Damen und Herren. Von Ihnen, Herr Landrat, erwarten wir bei der Konsolidierung im Personalbereich Ergebnisse, keine Ausflüchte. Wir Liberalen sind bereit, auch neue Wege einzuschlagen, um Einsparpotential zu generieren. Wir können uns beispielsweise vorstellen, dass nach dem Vorbild der Stadt Langenfeld Leistungsanreize dergestalt gesetzt werden, dass, wenn Mitarbeiter der Verwaltung aufgrund eigener Ideen Einsparungen oder zusätzliche Einnahmen erzielen, man sie im Rahmen des gesetzlich Zulässigen über ein Drittel frei verfügen lässt. Das ist doch von der Kreisverwaltung als Kommunalaufsicht schon mitgetragen worden und dürfte wesentlich effektiver sein als die Ausschüttung von

Leistungsentgelten aufgrund von Zielvereinbarungen, die – wie man da und dort so hört – auch schon mal Selbstverständliches beinhalten.

### **Personal budgetieren**

Zudem regt die FDP-Fraktion eine Zusammenführung von fachlicher und personalwirtschaftlicher Verantwortung durch die Einführung von Personalbudgetierung an. Es scheint doch geradezu auf der Hand zu liegen, dass zum einen der fachlich Verantwortliche einen effektiveren Personaleinsatz steuern kann als eine zentrale Stelle über die gesamte Kreisverwaltung hinweg und zum anderen Reibungsverluste dadurch vermieden werden könnten. Aber das können wir aufgrund der Kompetenzverteilung nach der Kreisordnung natürlich lediglich anregen.

### **Aufgabenkritik notwendig**

Der Kreisausschuss hat dagegen auf Antrag der FDP-Kreistagsfraktion einstimmig die Verwaltung beauftragt, ein Organisations- und Personalentwicklungskonzept zu erstellen. Zur Vorbereitung zukünftiger politischer Weichenstellungen ist eine grundlegende und aufgabenkritische Konzeption erforderlich, welche Aufgaben in welcher Organisationsform mit welchen personellen Ressourcen durch den Kreis wahrgenommen werden sollen. Im Rahmen dessen sollten unter anderem die Wirtschaftlichkeit sowie die Voraussetzungen eines Outsourcens der durch das Amt für Informationstechnologie wahrgenommenen Aufgaben an ein kommunales Rechenzentrum, eines mittel- bis langfristigen Outsourcens der vom Vermessungs- und Katasteramt wahrgenommenen nicht hoheitlichen Aufgaben, die Möglichkeit der Übertragung der durch den Bauhof des Kreises wahrgenommenen Aufgaben auf den Landesbetrieb Straßen NRW und die kreisangehörigen Städte sowie der interkommunale Zusammenschluss zu Einkaufsgemeinschaften geprüft werden. Darüber hinaus sollten die Standards in Bezug auf die durch den Kreis wahrgenommenen Aufgaben einer Überprüfung unterzogen werden.

### **SPD betreibt Effekthascherei**

Zu alledem, Herr Carraro, fällt Ihnen nichts anderes ein, als der FDP-Fraktion Populismus zu unterstellen. Sie haben es gerade nötig, Herr Carraro! Viele Ihrer Beiträge zeichnen sich mehr durch ihren Unterhaltungswert als ihren sachlichen Gehalt aus. Waren Sie es nicht, der mit starken Worten durch die Aufrechterhaltung des GmbH-Mantels der Beschäftigungsgesellschaft deren Erfahrungswissen sichern wollte? Auch in Bezug auf Ihren Antrag zur Hochstraße in Haan kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass es Ihnen weniger um die Sache als um Effekthascherei ging. Nur weil wir nicht auf Ihren bloßen Zuruf für irgendwelche von Ihnen nicht näher bestimmte „kleinere Maßnahmen“ zur Verkehrsberuhigung auf der Hochstraße in Haan mal eben 20

T€ bewilligt haben, unterstellen Sie dem Landrat und der Mehrheit dieses Hauses, es müsse erst Schlimmeres geschehen, bis gehandelt werde. Das weisen wir entschieden zurück, Herr Carraro! Das ist unanständig, weil es suggeriert, wir würden fahrlässig Leib und Leben von Menschen gefährden! Dabei ist das von Ihnen beantragte bloße Einsetzen einer willkürlichen Summe in den Haushalt doch nur eine reine Symbolhandlung. An einer Objektivierung der von Ihnen behaupteten Gefährdung durch die vom Landrat angekündigten kurzfristigen Geschwindigkeitsmessungen haben Sie doch – wie Ihre Presseverlautbarungen nach dem Kreisausschuss zeigen – offensichtlich überhaupt kein Interesse. Weil es Ihrem Antrag ja die Grundlage entziehen könnte. Vielleicht reicht es gegebenenfalls aber auch aus, Tempo-30-Schilder aufzustellen. Das werden wir den Fachleuten überlassen. Auch Ihr Antrag auf Leistung einer einmaligen Beihilfe an Pro Familia hat eine ähnliche Qualität. Hauptsache, Sie stehen als der gute Samariter da, der Volkstribun, der der bürokratischen Verwaltung oder der herzlosen bürgerlichen Mehrheit mal wieder ein paar Kröten aus dem Kreuz geleiert hat. So viel zu Ihrer Selbstinszenierung. Dass mit einem einmaligen Zuschuss in Höhe von 10 T€ oder 5 T€ über den nach den Förderrichtlinien gezahlten Zuschuss hinaus das noch etwa fünf bis sechs Jahre andauernde strukturelle Problem von pro familia nicht einmal ansatzweise gelöst wäre und eine Bevorzugung von pro familia gegenüber den anderen Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen darstellen würde, interessiert Sie da eher weniger.

**grüne  
Sozialromantik**

Auch die Grünen haben sich der Symbolpolitik verschrieben. Sie beantragen eine zusätzliche halbe Stelle für die bisherige Fachstelle Frau und Beruf, obwohl deren Aufgaben nicht etwa wegfallen, sondern - um Parallelarbeit zu vermeiden - im Büro des Landrats in den Bereichen Wirtschaftsförderung und Gleichstellungsstelle weiterhin durchgeführt werden soll. Auch nach der x-ten Erläuterung haben Sie nicht verstehen wollen, Herr Dr. Ibold, dass Ihr Antrag zu dem von Ihnen beabsichtigten Zweck schlichtweg nicht geeignet war, dass selbst wenn Ihrem Antrag stattgegeben worden wäre, die Aufgabe trotz dessen zukünftig im Büro des Landrats in den Bereichen Wirtschaftsförderung und Gleichstellungsstelle durchgeführt würde, weil der Kreistag das nun mal nicht zu entscheiden hat. Ansonsten kommt von den Grünen bis auf den bedenkenswerten Antrag zum Beschlusscontrolling die gleiche unbezahlbare Antragsflut wie in den Vorjahren: Ob der Neuaufbau eines allgemeinen Sozialdienstes für Senioren oder die Wiedereingliederung für die Ausgegrenzten, die kurioserweise selbst von den Linken abgelehnt worden ist. Aber Geld spielt für die Grünen ja bekanntlich keine Rolle, Herr Dr. Ibold. Sie wollten ja trotz der jährlich sechsstelligen Defizite

auch die Beschäftigungsgesellschaft bis mindestens Mitte 2011 erhalten und zum Zwecke der Konsolidierung ein Controlling und Qualitätsmanagement einrichten, obwohl selbst bei Schließung von Betriebsstätten und betriebsbedingten Kündigungen der Hälfte der Beschäftigten keine nachhaltige Verbesserung der finanziellen Situation eingetreten wäre, da weder von der ARGE nach SGB II noch - gemäß Auskunft der kreisangehörigen Städte – nach SGB XII ausreichend geeignetes Klientel zu akquirieren gewesen wäre. Ein weiteres Beispiel purer Sozialromantik.

### **Sozialticket belastet Mitte**

Als solche ordnen wir Liberalen auch Ihren Antrag auf Verbesserung der Mobilität von Menschen mit geringem Einkommen, indem die Einführung eines Sozialtickets innerhalb des VRR unterstützt wird, ein. Dieser erhält aufgrund der Kooperationsvereinbarung zwischen CDU und Grünen im VRR dann allerdings doch eine besondere Bedeutung. Vor noch nicht einmal anderthalb Jahren, nämlich in der Sitzung des ÖPNV-Ausschusses vom 10. November 2008 wurde der Antrag der Grünen zur Einführung eines Sozialtickets innerhalb des VRR noch von allen anderen Fraktionen des Hauses abgelehnt. Herr Richter erklärte dazu ausweislich des Protokolls, beim VRR bestünden erhebliche europarechtliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Finanzierung des Sozialtickets über den VRR. Daran dürfte sich ja eigentlich nicht viel geändert haben. Zudem seien die finanziellen Risiken schwer abschätzbar. Dazu gibt es mittlerweile aus den Erfahrungen in Dortmund Zahlen. So beziffert die Rheinbahn die ihr durch ein Sozialticket entstehenden Einnahmeausfälle auf etwa 6,5 Mio. €. Die Vereinbarung im VRR sieht ausdrücklich vor, dass aus den möglichen Einnahmeverlusten aufgrund des Sozialtickets den Kommunen keine zusätzlichen Haushaltsbelastungen erwachsen sollen. Die drohen vielmehr dann, wenn der Vergabesenat des Oberlandesgerichts die der Vergabebeschwerde stattgebende Entscheidung der Vergabekammer der Bezirksregierung zu der Vereinbarung zwischen VRR und DB Regio hält. Aber dann bleibt wegen des Sozialtickets ja wohl keine andere Möglichkeit als die Preise für andere Fahrgäste anzuheben. Die FDP-Kreistagsfraktion lehnt deshalb die Einführung eines Sozialtickets strikt ab. Unsere Position dazu hat sich seit dem 10.11.2008 nicht geändert. Die vom VRR in Auftrag gegebene Marktforschungsstudie brauchen wir nicht. Wir wollen einfach nicht, dass die gesellschaftliche Mitte, die die Hauptlast der Steuereinnahmen trägt, aber diejenigen sind, die soziale Unterstützung und Infrastruktur des Staates oft am wenigsten in Anspruch nehmen, auch noch nach Einkommen differenziert zur Kasse gebeten werden, wenn sie Bus oder Bahn fahren. Das ist auch ordnungspolitisch verfehlt, weil es nicht Aufgabe des Zweckverbands VRR ist, Sozialausgleich zu betreiben, sondern Verkehrsleistungen bereit zu stellen. Zudem sind

nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts die Regelsätze des Arbeitslosengeldes II ohnehin neu zu berechnen, so dass die Frage des Bedarfs der ALG II-Bezieher nach ÖPNV-Leistungen ohnehin im Rahmen dessen zu beantworten ist. Ein Sozialticket ist damit überflüssig. Sie sehen, meine Damen und Herren, mit den Grünen ist eben nur linke Politik zu machen.

Die FDP-Fraktion stimmt dem Haushalt zu. Der Kreis setzt seinen Konsolidierungskurs konsequent fort und trägt durch die Schuldenfreiheit dem Ziel der Generationengerechtigkeit weiterhin vorbildlich Rechnung.

Für Ihren Einsatz im Kreis Mettmann danke ich allen Mitarbeitern der Kreisverwaltung. Ein besonderer Dank geht an die Mitarbeiter der Kämmerei und des Kreistagsbüros für ihre hervorragende Unterstützung. Ihnen danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.



# SPD-Kreistagsfraktion Mettmann



Rede des Vorsitzenden

***Udo Carraro***

anlässlich der Verabschiedung  
des Haushaltes 2010  
des Kreises Mettmann

Gehalten am 22. März 2010  
Es gilt das gesprochene Wort



Sehr geehrter Herr Landrat,  
 verehrte Kolleginnen und Kollegen,  
 meine sehr verehrten Damen und Herren,

bevor ich zum Haushalt und verschiedenen Politikfeldern komme, möchte ich vorab einen besonderen Dank an zwei Mitarbeiterinnen des Hauses aussprechen.  
 Frau Pannen und Frau Schwörer von der Geschäftsstelle des Kreistages haben ihren hervorragenden Dienst für uns Kreistagsabgeordnete in den letzten Wochen um einen tollen Service erweitert.

13-15 Stunden nach Ende der Sitzungen der Fachausschüsse hatten wir per Mail alle Beschlüsse zum Haushalt jeweils in unseren Postfächern.

Die beiden Damen haben ohne Rücksicht auf ihre Arbeitszeit persönlich an allen Sitzungen der Ausschüsse teilgenommen, die Beschlüsse festgehalten und uns teilweise schon am anderen morgen gegen 7.30 die Ergebnisse gemailt.

So einen zeitnahen Überblick gab es noch nie.

Sie haben natürlich einen Meilenstein für die Zukunft gesetzt, darüber sind sie sich hoffentlich im Klaren.

Aber, für ihr persönliches Engagement und für die Vereinfachung unserer Arbeit, gilt ihnen beiden mein ganz besonderer Dank.

Meine Damen und Herren, ich schließe hier gleich meinen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung an. Nicht nur die Kämmerei, sondern alle waren für diesen Haushalt gefordert, die Vorgaben des Kreistages und die Einsparungsvorgaben der Verwaltungsspitze einzuhalten. Das war sicherlich in vielen Fällen nicht einfach, tut weh und erfordert eine Menge Einsatz noch bei der Umsetzung im laufenden Jahr. Alle Fäden laufen in der Kämmerei zusammen. Auch hier ist hervorragende Arbeit geleistet worden. Stellvertretend für alle möchte ich besonders Herrn Herweg danken, der trotz seiner persönlichen, unglücklichen Begleitumstände, die an sich sein ganzes persönliches Engagement erforderten, uns Fraktionen auch noch an den Wochenenden zu unseren Klausurtagungen mit Rat zur Seite stand. Dafür ein ganz herzliches Danke schön.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
 die begrenzte Redezeit erfordert, sich auf wenige Punkte zu beschränken. Deshalb verzichte ich im Wesentlichen auf Wiederholungen der Daten und Fakten unseres Haushaltes 2010, die kennen wir nun - denke ich- und stelle nur fest: Wir haben einen Haushalt zur Abstimmung vorliegen, der den Ansprüchen unserer Zeit im Großen und Ganzen gerecht wird.

Selbst die IHK übt keine Kritik am Haushalt, weist aber sehr deutlich auf die ungerechte Verteilung der Lasten im Sozialbereich zwischen Bund und Kommunen hin.

Wir Sozialdemokraten tragen den Haushalt mit, auch wenn wir bei einigen Produkten Kritik anmelden.

Wir wissen, dass alle Jahre wieder die Stadtoberen in einen gemeinsamen Klagechor einstimmen. Das kennen wir. Die Städte haben es auch schwer. Die Kreisumlage tut weh.

Aber meine Damen und Herren: diese Marktschreier Mentalität, die Kreisumlage ist viel zu hoch, der Kreis bedient sich mal wieder und zeigt ungebremsste Ausgabementalität, kann man ja nicht mehr ernst nehmen.

Und dabei ist es den Marktschreibern völlig egal, ob wir die Kreisumlage erhöhen müssen oder senken. Und wenn dann der Umlagesatz – der ja nur ein Ergebnis der Rechnungssystematik ist - besser ins Kalkül passt, wird halt der herangezogen.

Ich stehe jetzt im 20. Jahr hier vorne zum Haushalt des Kreises. Und ich kann mich an kein Jahr erinnern, in dem nicht von irgendeiner Seite Kritik aus den Kommunen auf den Kreis einprasselte.

Noch einmal zum Mitschreiben: Wenn es die Marktschreier noch nicht richtig gelesen haben:

Die Kreisumlage bleibt mit 292,2 Mio nahezu konstant, Mehrbetrag 1,0 Mio.

Daneben sinken aber VRR Umlage und BK Umlage um 1,1 Mio

Also ist die Gesamtbelastung nicht gestiegen.

Und 2. An den LVR müssen wir 111,2 Mio zahlen, der Aufwand für die sozialen Leistungen im Kreis beläuft sich auf 174,7 Mio.

Macht nach Adam Riese schon 286 Mio.

Also: Die Kreisumlage deckt mal gerade so den gesamten sozialen Bereich.

Die vielen anderen Aufgaben des Kreises sind damit noch gar nicht berücksichtigt.

Nun soll mir mal einer der Marktschreier erklären, was das mit ungebremsster Ausgabenmentalität zu tun hat.

Ich wiederhole jetzt, was ich in vielen Reden fast gebetsmühlenartig vorgetragen habe:

Lassen Sie es bitte, den Kreis als ein überflüssiges Selbstbedienungsorgan hinzustellen. Der Kreis übernimmt wichtigste Aufgaben für die Kommunen, ohne die eine zukunftsorientierte Selbstverwaltung für die Bürgerinnen und Bürger überhaupt nicht möglich wäre, oder die Leistungsfähigkeit der Städte noch mehr überfordern würde, wie dies heute schon teilweise der Fall ist.

Und auch das gehört zu meinen Gebetsmühlen: Liebe Gemeinden, der Eingemeindungswille umliegender Großstädte ist auch nach 40 Jahren ungebrochen. Köln hat mit lauter Suche im Umland vor wenigen Wochen den Anfang gemacht. Das hat auch in Düsseldorf wieder die Wunschliste geöffnet.

Diesmal war es ein Mitglied meiner Partei, aber egal, den Gelüsten müssen wir frühzeitig Einhalt gebieten.

Die beste Voraussetzung ist dafür ein starker, leistungsfähiger Gemeindeverbund. Und dafür stehen wir als Kreis. Wir sitzen in einem Boot.

Apropos Leistungsfähigkeit. Ja, die Städte und auch wir haben es sehr schwer, oder es ist teilweise ja schon unmöglich, den Verpflichtungen und Erwartungen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern noch gerecht zu werden. Von Selbstverwaltungen ist vielerorts nichts mehr oder kaum noch etwas übrig.

Da fordern wir offensives Handeln in Berlin und Düsseldorf. Seit vielen Jahren ist der Absturz der Finanzausstattung der Kommunen erkennbar und bekannt.

Die Wirtschaftskrise hat diese Talfahrt nur noch beschleunigt.

Wir, Kreis und Städte, werden aus Berlin und Düsseldorf mit Aufgaben überfrachtet und man lässt uns sozusagen ausbluten.

Das muss jetzt endlich ein Ende haben. Hoffentlich sind die Regierungsparteien in Düsseldorf und Berlin endlich wach.

Für Düsseldorf bin ich da guter Hoffnung, dass wir hier in NRW in 48 Tagen durch einen Regierungswechsel eine andere Sicht der Dinge erleben.

Landrat Hendele hat in seiner Einbringungsrede den Eindruck erweckt, NRW mache vor, was Konnexitätsprinzip heiße, nämlich den angemessenen Ausgleich für übertragene Aufgaben sicherzustellen. Weit gefehlt Herr Hendele. Ich sehe keinen angemessenen Ausgleich. Im Gegenteil. Viel Geld, das den Kommunen an sich zusteht, bleibt an den klebrigen Händen in Düsseldorf hängen.

Auch die EU produziert in den Kommunen immer neue Kosten, ohne dass sich jemand Gedanken über einen finanziellen Ausgleich macht. Der Landrat hatte ja in seiner Einbringungsrede an einen Beispiel dies deutlich gemacht.

Die nächste Ausgabenwelle ohne einen auskömmlichen Ausgleich rollt auf uns aus der EU zu: die Volkszählung 2011. Fachleute schätzen die Kosten auf 500 – 700 Millionen.

Bisher liegt die Erstattungsbereitschaft des Bundes bei 80 Millionen.

Der Rest bleibt mal wieder bei den Kommunen hängen- auch am Kreis.

So geht das nicht weiter.

Herr Landrat, sie haben in Ihrer Rede Lösungsansätze geliefert, wie mittel- und langfristig der finanzielle Absturz der Kommunen aufgehalten werden kann.

Wir sind uns einig, eine Gemeindefinanzreform ist ein dorniger Weg. Und die Wertschätzung kommunaler Leistungen dümpelt im Keller der Ignoranz vor sich hin. Im Bund und im Land. Wir werden sehen, was uns die eingesetzte Regierungskommission in Berlin liefern wird.

Ihren Lösungsansätzen zur Selbsthilfe, zumindest kurz und mittelfristig, kann man nur zustimmen.

Da haben wir im Kreis, Kreistag und Verwaltung, schon vor vielen Jahren mit angefangen. Das bestätigt übrigens auch die sonst kritische IHK.

Z.B. mit der Steigerung der Effizienz. Stichwort Straßenverkehrsamt.

Aber Herr Landrat, was für mich überhaupt nichts mit Effizienzsteigerung zu tun hat sondern eher Geldverschwendung darstellt, sind die ferngesteuerten elektrischen Absperrpoller vor dem Kreishaus.

Wenn die Effizienz darin liegt, dass nunmehr nicht mehr mit Muskelkraft der Absperrbalken hochgehieft werden muss, wenn eine königlich Hoheit beim Kreis vorfährt, sondern ein Knopfdruck ausreicht, dann hat das mit echtem Willen zur Effizienzsteigerung nichts mehr zu tun. Allein dieses Spielzeug hat sicherlich 20-30000 Euro nach meinen Erkundigungen bei der Herstellerfirma gekostet.

Dafür ist Geld da. Aber einem Verein, der ProFamilia, der wichtige und hervorragende Arbeit für Kinder und Jugendliche an Schulen und Einrichtungen leistet, denen verweigern CDU + FDP einen zusätzlichen einmaligen Zuschuss von 10.000 Euro, um einen finanziellen Engpass zu überwinden.

Hier fehlt uns Sozialdemokraten Augenmaß.

Wir haben, meine Damen und Herren, den Ernst der Lage erkannt und unsere Veränderungsvorschläge für den Haushalt waren mehr als gedeckt durch Einsparungsvorschläge an anderer Stelle.

Wir wissen, dass es 2011 wesentlich düsterer aussehen wird, was die finanzielle Ausstattung angeht. Die Kreisumlage wird eher steigen als sinken.

Der Grund werden unbeeinflussbare Faktoren sein, die weder wegdiskutiert, noch weggeschlossen werden können.

Und unsere Einsparungsmöglichkeiten sind sehr begrenzt. Auch, weil wir in den letzten Jahren schon sehr viel gemeinsam erreicht und veranlasst haben.

Deshalb haben wir Sozialdemokraten dem Druck aus den Gemeinden zur Senkung der Kreisumlage, die ja betragsmäßig gegenüber 2009 nicht steigt, auch standgehalten. Eine Senkung wäre nur durch Griff in die Rücklage oder Vermögensverzehr möglich gewesen.

Es ist gut, dass wir die allgemeine Rücklage jetzt nicht antasten und diese Beträge für den Ausgleich der Ergebnispläne 2011 und evtl. auch 2012, nämlich dann wenn es den Kommunen noch schlechter geht, zurückhalten. Es wird zwar ein Tropfen auf den heißen Stein sein, aber es wird helfen.

Was darüber hinaus einzusparen geht, soweit es die Leistungen des Kreises nicht einschränkt, machen wir mit.

Wer aber anfängt, an den knapp 6 Millionen freiwilligen Leistungen noch herum zu kürzen, der begibt sich auf Feindesland. Auch 2011.

Herr Wedel, nehmen sie das als Kampfansage auf. Wir kennen uns ja lange genug.

Denn mit knapp 6 Mio. frw. Leistungen, die wir aus Gründen der Haushaltsdisziplin insbesondere mit Rücksicht auf die Kreisumlage in den letzten Jahren nicht ausgebaut haben, macht sich der Betrag als sehr bescheiden aus.

Unser einziger Antrag im Sozialbereich waren die 10.000 für ProFamilia. Den haben sie mit Ihrer Mehrheit ja leider abgelehnt.

Wissen Sie aber, wofür Sie Geld haben im frw. Bereich? Nein? Dann sage ich das Ihnen:

Wir geben freiwillig über 40.000 Euro aus, um die L239 für die reiche Stadt Ratingen vorzufinanzieren. Das sind nur die Zinsen (HHPlan Seite 1066) Jahr für Jahr.

Aber, Geld, um die Hochstraße (K20) in Gruitzen sicherer zu machen, das haben sie nicht.

Herr Ruppert meint ja, dass 30lger Schilder und ab und an der Radarwagen reichen müssen.

Und Herr Wedel, Einsparungen bei den Personalkosten haben wir ja mitgetragen, soweit dies nicht zu Leistungseinschränkungen oder Überbelastungen führt.

Wir haben doch in den letzten Jahren genug weit reichende Beschlüsse gefasst, die zu einem deutlichen Personalabbau geführt haben. Beschlüsse, die auch noch weiter wirken.

Wir wollen von den guten Mitarbeitern des Hauses gute Arbeit. Dann muss aber auch die Personalausstattung stimmen.

Aber jetzt zweifeln sie auch noch die Einsparungsberechnungen der Verwaltung an bzw. ziehen deren Richtigkeit in Frage.

Ich sage offen, sie nerven manchmal.

Ich sage mir aber auch manchmal: Udo lass ihn, dann ist er gut beschäftigt und kommt nicht auf andere unsägliche Ideen.

Aber ich habe noch ein Einsparungspotential für sie, wo sie gutes für den Kreis tun können.

Setzen sie ihre Kraft dafür ein, ihren Gesundheitsminister Rösler zu stoppen.

Mit seiner pauschalen Zuzahlung von 29€ bei den Krankenkassen Beiträgen produziert er wieder einmal enorme Mehrkosten für den Kreis.

Ich will jetzt nicht darüber reden wie unsozial das ist, weil gerade die kleineren Einkommen überproportional belastet werden, wie die Kleinrentner z. B.

Aber, haben sie mal darüber nachgedacht, welche Mehrkosten auf den Sozialhilfeträger, hier auf den Kreis zukommen?

Sicher noch nicht. Dann sollten Sie das mal tun und ihren Gesundheitsminister stoppen.

Oder laut von ihm fordern, dass den Sozialhilfeträgern, den Trägern der Grundsicherung die enormen Mehrkosten vom Bund erstattet werden.

Die Krankenkassen-Beiträge zahlt nämlich der Kreis. Und die 0.9% die bei der Pauschale wegfallen sollen, sind bei Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt Peanuts. Allein bei der Grundsicherung beträgt die Differenz über 22 Euro.

Über diese Mehrkosten reden sie gar nicht, sondern sie haben hier vor Ort das Personal im Visier.

Ich habe den Eindruck Herr Wedel, sie gehören zu den Wenigen, die in Ihrer Partei das

berühmte FDP-Sparbuch noch hochhalten. Ihre Parteispitze hat das längst in die Tonne geklopft.

Wie sonst hätte die Personalausweitung in den FDP-Ministerien mit dem hoch gepriesenen FDP-Sparbuch vereinbart werden können.

Vom Entwicklungshilfeministerium, das ihre Partei lauthals abschaffen wollte rede ich gar nicht.

Nein, allein in den FDP Ministerien sind 53 neue Spitzenjobs geschaffen worden (netto) um verdiente FDP Politiker unterzubringen.

Da ich eben bei Personaleinsparungen war. Herr Völker:

Die Auflösung des Dezernats V, des Umweltdezernats ist, verzeihen sie die harte Beschreibung, ein verantwortungsloses Einsparungsziel. Hier wird am falschen Ende ein Signal des Sparwillens Richtung Gemeinden gesetzt.

Dieser Kreis, unserer aller Heimat, mitten im größten Ballungsgebiet, hat weiß Gott unerlässliche Aufgaben im Bereich Umweltverantwortung und Zukunftsvorsorge.

Natürlich fällt die Aufgabe nicht weg. Aber, sie wird auf mehrere Schultern der leitenden Dezernenten verteilt werde. Die zentrale Entscheidungskompetenz für diesen Gesamtbereich fällt weg.

Da wo Kreisentwicklung, Planungen der Gemeinden, Expansionswünsche der Städte an die Grenzen der Natur- und Landschaftsplanung, der Ressourcenschonung und Erhalt von Umwelt und Natur stoßen, fehlt künftig der entscheidende Blick auf das Ganze.

Oder soll die Fachkompetenz auch noch beim Landrat gebündelt werden?

Was soll der denn alles noch machen? Wo er doch schon neben seinem Job als Verwaltungschef und Repräsentant des Kreises und den über 50 Nebentätigkeiten in Organisationen und Gremien, Vereinen und überörtlichen Verbänden den Kreis vertritt.

Da muss doch einiges auf der Strecke bleiben.

Mich wundert, dass Herr Hendele sich hier vor dem Kreistag nicht gegen diese Einsparung wehrt. Da haben sie wohl, Herr Völker, ein wirkungsvolles Chefgespräch mit ihm geführt.

Nein, Herr Völker, diese Entscheidung ist nicht durchdacht.

Ich sage sogar, sie verantwortungslos für unseren Kreis, weil sie dem Stellenwert der Umweltverantwortung des Kreises nicht gerecht wird.

Wir werden die Entwicklung mit Argusaugen verfolgen und beobachten.

Da wir bis jetzt nicht erkennen, wie die nachfolgende Lösung aussieht - das ist wahrscheinlich noch Geheimnis des Chefgespräches zwischen Ihnen beiden- haben wir uns bei der Abstimmung zu dem verhängnisvollen kw Vermerk im Stellenplan enthalten.

Letztlich entscheiden können wir erst, wenn Klarheit darüber besteht, wie den wichtigen Umweltfragen in Zukunft das erforderliche Gewicht verliehen werden soll.

Solange hier die Karten nicht offen auf den Tisch kommen, können wir weder pro noch Kontra für das beabsichtigte Einsparungsziel votieren.

Bin mal gespannt, ob wir von Herrn Hendele in den nächsten Wochen zu dieser Einsparung noch was hören, auch was die Aufgabenverteilung angeht.

Aber er ist ja selbst im verteilen von Aufgaben groß.

Fachstelle Frau und Beruf. Hervorragende Arbeit die hier mit ganz geringen Planstellen geleistet wurde. Über den grünen Klee quer durch dieses Haus und außerhalb noch vor wenigen Wochen gelobt.

*Ich darf stellvertretend Frau Cebulla CDU vom August vergangenen Jahres im SozAusschuss zitieren, Protokoll: Frau Cebulla betont die gute Arbeit der Fachstelle und unterstreicht die gute Annahme der Angebote. Sie bedankt sich bei der Verwaltung für diese zukunftsweisende Arbeit und sieht auch künftig großen Bedarf. Zitat Ende.*

Kreisdirektor Richter hebt in der Vorlage zum Sozialausschuss die Fachstelle als zentrale Anlaufstelle für die beruflichen Belange von Frauen im Kreis Mettmann hervor.

Und genau diese zentrale Anlaufstelle wird nun, auf den Tag genau 7 Monate später mit seiner Unterstützung zerschlagen.

Und das auch noch genau am Weltfrauentag, am 8.3. im Kreisausschuss.

Sie verteilen die Aufgaben auf andere Schultern in unterschiedlichen Fachbereichen als zusätzliche Belastung und wollen uns weis machen, dass die gute Arbeit so wie bisher weitergeht.

Und sie zerschlagen die Fachstelle, obwohl der Kreistag einstimmig diese Aufgabe als Fachstelle installiert hatte.

Heute wird dies als ordnungspolitischer Fauxpas dargestellt, den sie hätten beanstanden müssen. Haben sie aber nicht. Nun kommt ihnen ja Herr Völker zur Hilfe und beantragt die Aufhebung dieses Beschlusses.

Herr Landrat, diese vermeintliche Stelleneinsparung, das gilt auch für Herrn Richter, zeigt uns, welchen Stellenwert ihre Auffassung von Frauen- und Gleichstellungspolitik bei Ihnen hat.

Ich sage Ihnen, wie ich das sehe: Sie benutzen hier schwache Stellen im Sinne von wenig Lobby im Haus und Teilen der Politik, um auch ein Signal des Einsparungswillens Richtung Gemeinden zu senden.

Ich frage aber, wo bleibt der Einsparungswille bei den Gemeinden durch interkommunale Zusammenarbeit?

Hier liegt eine Menge von Sparpotenzialen brach.

Wir sind auch bereit, Aufgaben abzugeben. Man muss aber erst einmal ergebnisoffen miteinander reden. Und dann sehen, wer was effizienter und preiswerter machen kann.

Aber am Reden hapert es.

Der Landrat hat einiges im Auftrag des Kreistages versucht.

Leider betrachten die Gemeinden offenbar jedes Gesprächsangebot als feindlichen Übernahmeversuch. So kommen wir nicht weiter.

Ich sage aber auch, der Kreis verschüttet seine Glaubwürdigkeit, wenn Zusammenarbeit nicht zu befriedigenden Arbeitsergebnissen führt.

Das sieht man ja an der Ausländerbehörde. Ratingen und Velbert haben diese Aufgaben als Pilotprojekt an den Kreis übergeben. Synergieeffekte, Einsparungen bei den Gemeinden war das Zauberwort.

Und was kommt dabei raus? Nicht befriedigende Arbeitsergebnisse.

Gott sei Dank sind wir ja nicht alleine mit der Kritik an den Arbeitsergebnissen. Herr Wladarz hat sich ja auch des Themas angenommen.

Herr Kollege Wladarz, was heißt hier zu wenig Personal, oder das sind Anlaufprobleme, das wird sich einspielen.

Wir haben ja nichts gegen die Zentralisierung; wir waren ja auch dafür.

Die offenbar miesen Ergebnisse liegen auch nicht alleine am Personal.

Nein sie liegen an der Struktur und der politischen Kultur dieses Fachbereiches.

Wir haben als Kommunalpolitiker nur ganz geringe Einwirkungsmöglichkeiten in die ordnungspolitische Aufgabe des Ausländeramtes.

Sie, Herr Hahnheide und Herr Landrat, sind gefordert hier für einen Umdenkungsprozess zu sorgen.

Nicht allein die ordnungsrechtliche Aufgabe des Amtes darf ganz oben im Aufgabenkatalog stehen, sondern gleichberechtigt die Integrationsaufgabe.

Daran hapert es bei unserer Struktur.

Wir haben eine Integrationsabteilung die sehr gute Arbeit leistet, aber in einem anderen Dezernat angebundener ist. Hier scheint die enge Verknüpfung im Argen zu liegen.

Ich empfehle ihnen ein näheres Studium des nationalen Integrationsplanes der Bundesregierung. Integration ist eine Querschnittsaufgabe und darf nicht einzelnen Fachbereichen überlassen bleiben.

Und Integrationsbemühungen beginnen im Ausländeramt, dann, wenn Migranten einen Aufenthaltstitel beantragen.

Ein Kenner der Szene aus einer angrenzenden Großstadt hat mir mal gesagt, wenn man die unterschiedliche Arbeitsweise der vielen Ausländerämter in einem Wort jeweils zusammenfassen will, gibt es nur zwei Beschreibungen.

Bei den einen heißt die Überschrift Willkommenskultur, bei den anderen Abschiebekultur.

Ich will nicht behaupten, dass wir zur letzteren Gruppe gehören.

Aber, von einer Willkommenskultur sind wir weit entfernt.

Rechtlich sind beide Kulturen in Ordnung und nicht zu beanstanden. Das Ausländerrecht ist auch kompliziert, zugegeben. Das darf aber nicht auf dem Rücken der Betroffenen ausgetragen werden.

Wuppertal z. B. hat die Zeichen der Zeit erkannt und die Ausländerbehörde aus dem Rechtsdezernat raus gelöst. Rechtsanwendung, Integration, Jugend und Sozialrecht sind eng vernetzt, ja sogar in einem Fachbereich zusammengefasst. Das Ausländeramt hängt nicht allein am Rechtsdezernat. Hier beginnt die Integration bereits mit dem Antrag auf Aufenthaltserlaubnis. Mit hervorragenden Ergebnissen.

Die ausländischen Mitbürger fühlen sich verstanden, gut aufgehoben, beraten und betreut.

Das alles Herr Hanheide steckt bei unserer Behörde noch in den Kinderschuhen.

Ich empfehle Ihnen, Herr Hanheide und Herr Jarzombek, gehen Sie mal nach Wuppertal, lassen sie sich deren Philosophie und Arbeitsweise mal erläutern.

Dann werden sie sehen, was hier in Mettmann falsch läuft.

Die Wuppertaler haben große Erfolge mit der Integration und hier?

Hier läuft in der Bearbeitung einiges falsch.

Herr Hanheide, noch heute Morgen war ein Tunesier in meinem Büro, der sich bitter beklagte, dass sein Pass nun seit ¼ Jahr bei der Ausländerbehörde in Mettmann liege und das nur zur Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis.

Der mit einer Deutschen verheiratete und Vater eines gemeinsamen Kindes befindet sich zZ in einem B1 Kurs - und hat seit der Passabgabe nichts von der Behörde gehört.

Das führt natürlich zu Frust und Unsicherheit bei unseren ausländischen Mitbürgern.

Ich habe mich sofort bei 2 anderen Ausländerbehörden erkundigt, welche Bearbeitungszeiten dort die Regel sind. Von 1 Stunde bis 1 Woche war die Auskunft.

Da kann ich nur feststellen: Sie haben die Arbeitsabläufe nicht im Griff.

Sie haben uns im Fachausschuss ja eine Auswertung zu verschiedenen Parametern, auch Bearbeitungszeit, zugesagt. Das aber zunächst nur für Velbert und Ratingen. Offenbar sieht es für die anderen Gemeinden nicht besser aus.

Wir warten ungeduldig auf ihr Papier.

Ich sage Ihnen für die Sozialdemokraten: Wenn sich nicht grundlegend was ändert, werden wir das Pilotprojekt nicht weiter mittragen.

Mit Blick auf die Redezeit noch eine Kritik am Haushalt.

Herr Völker und Herr Wedel.

Im Sozialbereich sind sie nicht bewegungsbereit. Und der hätte eine Ausweitung bitter nötig. Stattdessen haben sie kein Problem mal eben 220.000 € für einen Kreisverkehr in Heiligenhaus in Aussicht zu stellen für einen Kreisverkehr, den selbst der Regierungspräsident nicht für richtig hält. Der selbst von Fachleuten in vielen Fällen für unsicherer gehalten wird, als Ampeln. Ihr Prüfauftrag verhindert jetzt die unverzügliche Erneuerung der Ampelanlage, die dringend erforderlich wäre und belastet den Haushalt mit unnötigen 220.000€.

Und Herr Völker 20.000 € für neue Reitwege, da haben sie kein Problem- auch ohne Deckungsvorschlag ihrerseits- aber bei der ProFamilia im Sozialbereich verschließen sie sich einer vertretbaren Lösung.

Ich hätte noch einige Themen auf der Agenda, aber leider reicht die Zeit ja nie.

Trotzdem:

ARGE: Herr Richter wollte uns auf der Grundlage der Berliner Koalitionsvereinbarung schon sehr früh auf einen bestimmten Weg bringen. Sozusagen in voreuseilendem Gehorsam sollte der Sozialausschuss schon Weichen stellen.

Die Entwicklung in Berlin hat ihn dann aber doch überholt. Jetzt warten wir auf die richtigen Entscheidungen in Berlin. Endlich stehen die Zeiten auf Verfassungsänderung.

Wir wollen unsere Mitbürger ortsnah und bürgernah betreut wissen, und nicht durch einen Verwaltungsmoloch wie die Bundesagentur alleine.

Unsere ARGE arbeitet gut. Natürlich gibt es Ausschläge, wie überall.

Wir könnten das auch alleine oder weiter in einer geeigneten Organisationsform mit der Bundesagentur. Aber, es muss eine Betreuung aus einer Hand sein.

Wir halten die Leistungen nach HartzIV nicht für anstrengungslosen Wohlstand, so wie dies Teile der FDP wohl sehen.

Was versteht wohl Herr Westerwelle unter: Wohlstand für alle, was auch er als Kapitel 1 des Koalitionsvertrages unterschrieben hat.

Wie gesagt: Wir halten Hartz IV nicht für anstrengungslosen Wohlstand, sondern für eine menschenwürdige Unterstützung derer, die unverschuldet in Arbeitslosigkeit gefallen sind. Das ist weiß Gott kein Wohlstand, sondern der Versuch, Armut zu verhindern. Da gibt es einiges zu korrigieren, wohl wahr.

Und Leistungsausnutzern – ich will nicht das Wort Schmarotzern übernehmen- muss zum Schutze der Aufrichtigen und Ehrlichen der Garaus gemacht werden.

Und, Herr Richter, wir werden uns noch wieder sprechen. Die Auflösung der Beschäftigungsgesellschaft des Kreises war ein falscher Schritt.

Hier wurde eigene Kompetenz verschüttet.

Zur Abwechslung mal ein Lob - an den Kreisdirektor.

Projekt ALTERnativen 60plus- Zufrieden älter werden im Kreis Mettmann.

Ein gutes Konzept, das jetzt Schritt für Schritt in die Umsetzung geht.

Ich streite mich nicht mit Ihnen um das Urheberrecht, wichtig ist, dass unsere Vorstellung im Antrag vom 26.11.2007 in das Projekt einfließen und wir im Kreis den Gestaltungsspielraum für ein zufriedenes Alter im Kreis nutzen und ausrichten auf: Es muss nicht nur menschenwürdig sein im Alter im Kreis zu wohnen, sondern es muss auch Freude machen hier zu leben.

Und zu diesem Ziel gehören für uns auch die Seniorenbegegnungsstätten.

Herr Richter: Ausrichtung der Qualität und Quantität dieser Begegnungsstätten ist für uns Sozialdemokraten alleiniges Recht des Kreistages.

Des Sozialausschusses als Vorberatungsebene.

Die Verwaltung hat vorzubereiten und den politischen Willen umzusetzen.

Nicht wie sie das gemacht haben: Im stillen Kämmerlein die Richtlinien neu entwerfen und bevor sie die Politik zu Gesicht bekommt, bei den Trägern schon den Eindruck erwecken, der Entwurf sei neues Kreisrecht.

Nein, der Weg ist falsch- wurde von Ihnen ja auch offenbar schon eingesehen- und hierfür kritisieren wir sie deutlich.

Wir sind doch hier nicht in China, wo das Selbstverwaltungsorgan nur abnickt.

Das umsorgte Leben älterer Mitbürger im Kreis gehört nach unserer Vorstellung auch zu den strategischen Zielen des Kreises, die wir in den nächsten Monaten beraten werden.

Da haben wir nach der erfolgten Einbringung noch einiges zu bereden.

Zu unseren strategischen Zielen gehört nicht: Einsparungen und Personalreduzierung auf Teufel komm raus.

Zu unseren strategischen Zielen gehört oben auf die Agenda ein menschenwürdiges, zufriedenes und zukunftsorientiertes Leben im Kreis.

Vom Kindesalter bis ins hohe Alter.

Da ich bei den Projekten bin:

Ein paar Sätze zur Netzplanung Förderschulen.

Gut gemacht Frau Haase. Mit ihren Fachleuten haben Sie gute Voraussetzungen geschaffen, dass wir im Kreis nicht nur in Düsseldorf mit in das Projekt einbezogen werden, sondern dass wir im Kreis Vorweg marschieren, was die Umsetzung der UN-Konvention angeht.

Damit kommt die integrative Beschulung Riesenschritte voran.

Eine grundlegende Reform der integrativen Beschulung in NRW ist nun leider zunächst aufs Eis gelegt, weil die FDP auf einer zwangsweisen Einweisung in eine Sonderschule beharrte.

Aber das wird sich ja nach dem 9. Mai ändern.

Mit dem Stichwort Schule lande ich auch bei unseren Berufskollegs.



Da will ich über Mensen gar nicht sprechen, die befürworten wir alle, wenn sie denn finanzierbar sind.

Unsere Kollegs sind sehr gut, sogar hervorragend was die Ausstattung angeht.

Hier hat es im Kreistag nie einen Dissens gegeben.

Wir sind stolz auf unsere Berufskollegs. Und wir müssen in der heutigen Zeit die Bildungschancen- und Möglichkeiten ständig verbessern. Auch aus Gründen des Wettbewerbs mit den Schulen im Umfeld.

Und da ist der Vorschlag von Herrn Kollegen Vahlsing, den wir später unter einem anderen Top noch beraten, ein sehr guter Schritt.

Herr Vahlsing, ich darf ja auch einen CDU Kollegen mal besonders loben und ihm danken für seine umfassende Vorarbeit.

Wir werden ihrem Untersuchungsauftrag, den sie jetzt über ihre Fraktion hier eingebracht haben, auch ein Studium an Berufskollegs des Kreises schul- und berufsbegleitend anzubieten, zustimmen.

Mit Blick auf die Uhr, ihre Geduld und meinen Geldbeutel noch zwei Punkte kurz.

CO Leitung.

Was hier abgeht, ist mit haarsträubend nicht mehr zu umschreiben.

Respektlosigkeit und Ignoranz erscheinen mir noch wohlwollend, wenn ich das Handeln der Verantwortlichen beschreiben soll.

Wann endlich begreifen Bayer, RP, Regierung und Fraktionen, alle, dass es in dieser Frage nur eine Antwort geben kann:

Alles einstellen, koste es was es wolle.

Wir kämpfen gemeinsam weiterhin für dieses Ziel.

Sie wissen Herr Landrat, hier haben sie unsere volle Unterstützung.

Und ich las am Samstag in der Zeitung, dass auch unser Kollege Giebels nun ohne wenn und aber gegen das Projekt im Landtag stimmen wird.

Ich freue mich.

Ich appelliere an alle die hier mit entscheiden und mitbestimmen:

Es geht um die Gesundheit, ja das Leben tausender Menschen. Und wenn auch nur der Verdacht eines Restrisikos besteht, muss das Gewissen sich für die Sicherheit entscheiden.

Also handeln sie endlich, alle.

Und ein letztes:

VRR Sozialticket.

Wir Sozialdemokraten haben diese alte Forderung auf Eis gelegt, bis eine vernünftige Machbarkeitsstudie auf dem Tisch liegt.

Noch im letzten Jahr habe ich von dieser Stelle aus erklärt, dass wir die Einführung auch gerne hätten, aber aus Kostengründen dies im Moment zurückstellen, bis alle Fakten klar auf dem Tisch liegen.

Nun haben sich Schwarz und Grün im VRR verliebt und als Hochzeitsgeschenk erhalten die Grünen das Sozialticket, koste es was es wolle.

So geht das, wenn es um die Macht geht. Gott sei Dank haben beide ja jetzt gemerkt, dass dies den Kommunen zuviel Geld kostet und haben das Projekt erst einmal auf Eis gelegt, bis eine Machbarkeitsstudie vorliegt.

Jetzt kommt's: Bis die Machbarkeitsstudie vorliegt, wird die Fahrpreiserhöhung zum 1.8. auch auf Eis gelegt.

Oberflächlich betrachtet- gut.

Aber: dies kostet den Kommunen mal eben 10-15 Millionen Mindereinnahmen und wird auch den Kreis belasten.

Wir Sozialdemokraten sind auch für ein Sozialticket, aber es muss kostenneutral durch Fahrgaststeigerungen finanzierbar sein.

Denn wir Kommunen können kaum noch mehr für den ÖPNV finanzieren.

Das ist der Handlungsrahmen.

Meine Damen und Herren,

in der Gesamtverantwortung für den Kreis, seine Gemeinden und die Bürgerinnen und Bürger sehen wir Sozialdemokraten den Haushalt 2010 als ein vertretbares Grundgerüst für das politische Handeln im Kreis an.

Wenn wir auch zu einigen Punkten Änderungen gerne gesehen hätten, so stellen wir das wünschenswerte hinter das Machbare in diesen schwierigen Zeiten zurück.

Da, wo uns die Mehrheit aus CDU und FDP unsere wirklich kleinen Wünsche versagt hat, beugen wir uns der demokratischen Entscheidung gegen uns.

Wir verlieren aber nicht aus Frust deshalb den Blick auf das Ganze, weil die Mehrheit unseren Wünschen über 40.000€ nicht zugestimmt hat, selbst aber mal eben 260.000€ für u.E. Unnötiges ausgibt.

Wir sehen uns, auch wenn wir nicht die Mehrheit haben in diesem Kreistag, mit in der Gesamtverantwortung für unseren Kreis.

Deshalb stimmen die Sozialdemokraten dem Haushalt 2010 zu.

## Kreishaushalt 2010

**Stellungnahme der UWG – ME Fraktion im Kreistag Mettmann,  
vorgelesen von KA Werner Horzella,  
Sitzung des Kreistages am 22. März 2010.  
Freigabe 22. März 2010 ab 15:00 Uhr.**

**(Es gilt das gesprochene Wort!)**

Sehr geehrter Herr Landrat,  
sehr geehrte Damen und Herren,

Deutschland befindet sich in der größten Finanzkrise seit dem 2. Weltkrieg. Die Auswirkungen haben auch die Gemeinden, die Städte und die Kreise erreicht, die ihre Gestaltungsmöglichkeiten fast gänzlich verloren haben. Das gilt auch für den Kreis Mettmann und den heute zu verabschiedenden Kreishaushalt 2010.

Niemand hier im Raum kann auch nur ansatzweise voraussagen, welche weiteren Konsequenzen das besonders für die Folgejahre noch haben wird. Niemand weiß wirklich, ob, wie von Konjunkturexperten vorausgesagt, das Wirtschaftswachstum 2010 -2 %- oder wie von Wirtschaftsminister Brüderle korrigiert, nur 1,4 % betragen wird.

Aber selbst wenn das vorhergesagte Wachstum so oder so eintreffen würde, können wir nicht so tun, als hätten wir die Talsohle schon erreicht. Wir können nur hoffen, dass das vom Städtetag verkündete Minussaldo von 12 Milliarden € bei den Städten und Kreisen tatsächlich das Ende der Fahnenstange ist. Niemals aber dürfen wir annehmen, am Ende sähe alles genau so aus wie vorher.

Darum ist größte Vorsicht geboten bei der Ausgabe des noch vorhandenen Geldes und bei Entscheidungen, die in die Zukunft wirken.

Schuld, meine Damen und Herren, an den leeren Kassen der Städte, Gemeinden und Kreise sind nicht nur die Spekulanten in der Wirtschaft und den Banken. Schuld sind auch die bewussten Entscheidungen zu vielfältiger Aufgabenübertragung durch den Bundestag und die Landtage, zu Lasten der kommunalen Träger. Hierdurch wurden nicht nur das Grundgesetz und die Landesverfassung, auch hier in NRW, sondern auch die garantierte kommunale Selbstverwaltung ausgehebelt.

Das Ergebnis sind die Schließung von städtischen Bädern, Büchereien, eine schlechte Bausubstanzen von Schulen und öffentlichen Gebäuden usw., usw.

Die Konsequenz ist tiefes Misstrauen gegenüber Finanzprognosen und allen Parteien in Bund und Land, die nicht in der Lage sind, die Städte und Gemeinden mit Finanzierungsmöglichkeiten auszustatten, welche ihre wachsende Aufgabenfülle angemessen berücksichtigen.

Meine Damen und Herren, angesagt sind heute für den Kreis Mettmann zu schaffende flexible Zielvereinbarungen, mit denen wir angepasst an die jeweils anstehende Haushalts- und Finanzsituation, den Dienstleistungsauftrag für unsere Bürgerinnen und Bürger in den nächsten Jahren weiter erfüllen können.

Aus diesem Grund hat die UWG – ME keinen einzigen Veränderungsantrag gestellt, der die Haushalte der kreisangehörigen Gemeinden oder des Kreises selbst belasten könnte.

Zu den Zahlen des Kreishaushaltes haben der Landrat und der Kämmerer mehr als ausreichend Stellung bezogen. Auch in den Fachausschüssen wurden die Haushaltsansätze rauf und runter betrachtet. Zur Aufgabenerfüllung des Kreises war es für uns wichtig, dass der Einsparwille erkennbar ist, die Aufwendungen nahezu auf der Höhe des Jahres 2008 gedeckelt sind, damit die Kreisumlage gegenüber dem Vorjahr konstant und der Kreis insgesamt schuldenfrei bleibt.

Alles andere ist, bei 98 % Erfüllung von Pflichtaufgaben und nur 2 % freiwilligen Leistungen, ohnehin Rechenakrobatik. Die Kosten im Sozialbereich hängen von den Arbeitslosenzahlen, der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften und anderen nicht wirklich steuerbarer Größen ab. Die Personalkosten werden von den Tarifparteien vorgegeben. Die Umlage des Landschaftsverbandes wird ebenfalls nicht in Mettmann entschieden und darum erspare ich Ihnen weitere Zahlenergüsse.

Gespannt sind wir aber, in welcher Form unsere weiteren Anträge und Anregungen zum Haushalt 2010 Beachtung und politische Mehrheiten finden, die u. E. zielführend für die nächsten Jahre sein sollen.

Wir sind gespannt, in wie weit die kreisangehörigen Städte bereit sind, Kooperationen untereinander einzugehen. Unter dem Stichwort interkommunale Zusammenarbeit gibt es Möglichkeiten genug, um z.B. im Bereich der Bauhöfe, der Rechnungsprüfungsämter, der Volkshochschulen, der Musikschulen, der Büchereien, der Schwimmbäder oder auch der Feuerwehren, die Kosten in den Griff zu bekommen. Ein erster Versuch der UWG-ME, für den Winterdienst gemeinsame Streugutbewirtschaftung zu betreiben, muss leider schon als gescheitert betrachtet werden. Nach den Erfahrungen des letzten Winters, werden nun alle Städte des Kreises eigene größere Streumittelager einrichten. Zentral, auf Kreisebene wäre dies sicherlich kostengünstiger durchführbar.

Wir sind gespannt, ob wirklich ab dem Jahr 2010 keinerlei Altersteilzeitverträge mit Beamten der Kreisverwaltung abgeschlossen werden.

Wir sind gespannt, ob im Rahmen der Umsetzung des Raumkonzeptes für die Kreisverwaltung der Kantinenbetrieb in einen Pachtbetrieb umgewandelt wird.

Guter Dinge sind wir, dass die im Rahmen des Konjunkturpaketes II angestrebten Maßnahmen auch tatsächlich alle im vorgegebenen Zeitfenster realisiert werden.

Bei der einen oder anderen Maßnahme haben wir uns zwar die Augen gerieben, letztlich stimmt aber der rote Faden oder besser der GRÜNE, wenn man die energetischen Aufwertungen betrachtet.

Leider können wünschenswerte Maßnahmen, wie die eigene Mensa an den Berufskollegs Niederberg in Velbert und Neandertal in Mettmann momentan nicht realisiert werden. Der im Kreisausschuss am 8. März formulierte Kompromiss, zu prüfen, in wie weit der Bau von Mensen an den Berufskollegs geplant und umgesetzt werden kann, wird von uns unterstützt.

Zum Prüfauftrag über die Einführung des Studienganges Wirtschaftsinformatik am Berufskolleg Hilden, signalisiere ich für die UWG-Fraktion Zustimmung. Dadurch dürfen dem Kreis oder seinen Städten aber keinerlei Kosten entstehen. Im Gegenteil, durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten müssen angemessene Mieteinnahmen realisiert werden. Vorbildlich, wenn hier Synergien an der Nahtstelle von kommunaler Trägerschaft der Berufsschule und privater Hochschule möglich werden.

Meine Damen und Herren, ein Sorgenkind des Kreises, der Eigenbetrieb ME-BIT hat zum 31.12.2009 seine Auflösung vollzogen. Es ist schon als ein Erfolg zu werten, dass die Reintegration in die Linienorganisation der Kreisverwaltung als Amt für Informationstechnik angelaufen ist. Bis Ende des 2. Quartals 2010 erwarten wir, dass die Abwicklung des Jahresabschlusses 2009, einschließlich der Entlastung der Geschäftsleitung und der Mitglieder des Betriebsausschusses erfolgt.

Der neue Amtsleiter und der neu eingerichtete IT- Lenkungsausschuss können sich auf die Hauptaufgabe konzentrieren, die knappen Haushaltsmittel sinnvoll einzusetzen und die Maßnahmen aus der Fachplanung zu priorisieren und zu steuern.

Die Zeiten für jahrelang falsch gewachsene Beschränkungen auf die Geschäftsfelder der Kreisverwaltung und der kreiseigenen Schulen sind vorbei. Neben der neuen strategischen Ausrichtung muss der ME-BIT durch Sachkompetenz und ein preiswertes Angebot auch die kreisangehörigen Städte für eine Zusammenarbeit und einheitliche Standards der IT-Systeme und Verfahren neu gewinnen. Es bleibt zu hoffen, dass nun auch die Städte im Kreis die Synergieeffekte einer gemeinsamen Vorgehensweise erkennen und annehmen. Eine neue Zusammenarbeit würde auf Dauer nicht nur die Kosten bei den Städten senken, sondern auch die Kreisumlage.

Auf dem richtigen Weg, meine Damen und Herren, ist auch nach Auffassung der UWG-ME der Landrat mit den Vorschlägen zum strategischen Zielprogramm des Kreistages. Die meisten Zielvorschläge werden wir unterstützen und kooperativ an deren Umsetzung mitwirken. Der Blick auf die 37 angedachten Ziele kann ohnehin nicht statisch, sondern nur dynamisch sein. Unter diesem Blickwinkel werden wir aber nicht dazu beitragen, dass über das Ziel hinausgeschossen wird und über die Hintertür Zusatzaufgaben übernommen werden, die nicht zu den originären Aufgaben des Kreises gehören.

Lehrerfortbildungen, auch wenn sie nun als „Qualifizierung und Systementwicklung“ beschrieben werden, sind nicht durch den Kreishaushalt, sondern durch den Landeshaushalt zu finanzieren.

Integrationsmaßnahmen müssen bedarfsgerecht aber mit einer zwingenden Erfolgskontrolle durchgeführt werden.

Angegangene Projekte sollten immer dann aufgegeben oder zumindest hinterfragt werden, wenn sie auf Anstoß des Landes oder Bundes erfolgten und sich Land oder Bund aus der Förderung derselben verabschieden.

Größte Vorsicht ist geboten bei der Koordinierung der landesweiten Einführung des Digitalfunks für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben sog. BOS. Bei der Einführung eines bundesweit einheitlichen digitalen Sprach- und Datenfunksystems für den Bereich BOS darf der Kreis nur logistisch helfen. Alles andere ist Aufgabe des Bau- und Liegenschaftsbetriebes NRW, des Innenministers NRW und des Bundesinnenministers.

Meine Damen und Herren, im Bereich des Schienengebundenen Personennahverkehrs (SPNV) sind die Reaktivierung der Ratingen Weststrecke (Duisburg, Ratingen, Düsseldorf), die Verlängerung der RegioBahn (S28) von Mettmann nach Wuppertal, die Erweiterung der RegioBahn von Kaarst nach Venlo oder gar die Reaktivierung der Niederbergbahn, sicherlich herausragende Ziele. Angesichts der Haushaltslage sollten wir uns nicht verheben und hier allenfalls langfristig an die eine oder andere planerische Trassensicherung denken.

Nicht werten wollen wir heute, wer für das Desaster vor der Vergabekammer in Münster verantwortlich ist, bei dem entschieden wurde, dass der Verkehrsvertrag zwischen dem Verkehrsverbund Rhein-Ruhr und der DB - Regio NRW nichtig ist. Wir haben rechtzeitig angemahnt, wirksame Pönale (Vertragsstrafen) des VRR gegenüber der DB-Regio bei Schlechtleistung vorzusehen. Unseren Vorschlägen wurde nicht gefolgt. DB-Regio muss nun die Sachzwänge anerkennen und auf dem Verhandlungsweg eine verträgliche Lösung zustande bringen. Diese darf aber weder zu Lasten der Kommunen noch zu Lasten der Fahrgäste - sei es im Hinblick auf das Entgelt, sei es im Hinblick auf die Qualität des SPNV - gehen.

Für die Bereiche ÖPNV und SPNV bringen die Städte und der Kreis enorme Geldsummen auf, für die nicht auf allen Linien die erforderlichen Gegenleistungen von den Trägern des SPNV erbracht werden. Zusätzlich haben wir als Kreis mit der Überprüfung und Optimierung des ÖPNV-Netzes begonnen. Wie unser Antrag im Fachausschuss zeigt, blicken wir hier nicht nur auf die Quantität, sondern auch auf die Qualität dieser Dienstleistungen. Wir haben dies immer wieder angemahnt. Gleichwohl erkennen wir an, dass unsere Kritik in der Kreisverwaltung auf fruchtbaren Boden fällt und genutzt wird, den Betreibern auf die Finger zu schauen. Schon für 2010 erwarten wir Besserungen im Pünktlichkeitsniveau, was allein noch lange nicht ausreicht.

Ein fortdauerndes Ziel, meine Damen und Herren, muss die Verhinderung der Inbetriebnahme der durch das Kreisgebiet verlegten CO-Pipeline sein. Fast 110 T Menschen haben bis heute die Proteste gegen die CO-Pipeline unterschrieben um sich damit gegen die rücksichtslose und teilweise menschenverachtende Vorgehensweise der Fa. BAYER auszusprechen. Ziel von BAYER ist hier nicht die Sicherung von Arbeitsplätzen, nicht das Allgemeinwohl, sondern

die Profitgier des Konzerns. Völlig ungerührt verhalten leider auch die Ängste der Menschen der gesamten Region im Landtag NRW. Weder CDU, noch FDP oder SPD haben bisher mehrheitlich erkennen lassen, dass sie das Pipelineprojekt stoppen werden. Unverantwortlich sind die nachträglichen Genehmigungen der Bezirksregierung Düsseldorf für Abweichungen in der Bauausführung der CO-Pipeline. Ein besonderer Dank gilt darum den Bürgerinitiativen, die reihenweise Fehler in der Bauausführung und Trassenführung aufzeigten. Falsche Stahlorten und geringe Stahlwandungen, mangelhafte Geo-Grid-Matten und Sicherungsbänder, fehlende Blindgängersondierungen u.v.m, dürfen nicht weiter die Sicherheit der Menschen an der Trasse und der Region gefährden. Ich bin mir sicher, der politische Denkmittel kommt bei der Landtagswahl am 9. Mai. Andernfalls wird spätestens der Bundesgerichtshof diesen Pipeline-Wahnsinn stoppen.

Meine Damen und Herren, der vom Landrat vorgeschlagene Verzicht auf die Stelle „Frau und Beruf“ wird von der UWG-ME eher differenziert betrachtet. Der eine Teil meiner Fraktion sieht die Personalkostenexplosion von fast 30% seit 2008 mit großer Sorge. Der andere Teil sieht die Gefahr, dass die Qualität dieser Aufgabe leiden könnte. Das werden wir bei unserem Abstimmungsverhalten auch zum Ausdruck bringen. Wir werden sehr genau darauf achten, dass die bisher sehr guten Leistungen in der Frauenförderung, wie von Ihnen Herr Landrat versprochen, keinen Qualitätsverlust erleiden.

Für die UWG-ME kann ich heute nicht behaupten, dass uns der Wegfall der Stelle des Umweltdezernenten frohlocken lässt. Im Haushaltsentwurf waren hier noch 20 T € für eine Stellenausschreibung, genau für diese Stelle vorgesehen. Ein Schelm, wer hier politisches Ränkespiel vermutet? Der Vorschlag der CDU, nicht nur bei den unteren Gehaltsgruppen Einsparungen vorzunehmen, sondern bei gegebener Möglichkeit auch bei den höheren, ist „grundsätzlich“ nicht zu beanstanden. Wir werden sehr bald wissen, ob das von Herrn Serwe geführte Umweltdezernat auch tatsächlich ohne Qualitätsverlust in die Kreisverwaltung hinein organisiert werden kann. Angesichts der politischen Mehrheit von CDU und FDP werden wir aber genau verfolgen ob hier der Einsparwille oder doch politisches Taktieren im Vordergrund stand. Wir werden beobachten, ob nach einer gewissen Schonzeit nicht doch ein neues Dezernat geschaffen wird, für einen Dezernenten mit passenderem Parteibuch.

Dicke Bretter werden wir noch bohren müssen bei den Themen ARGE und Kompetenzzentren.

Meine Damen und Herren, sicherlich ist es richtig, wie im Kreisausschuss vereinbart, heute wegen Mangels an wirklich neuen Erkenntnissen, nicht inhaltlichen über die Neuorganisation der Aufgabenstellung nach dem SGB II zu diskutieren. Wir sorgen uns aber, dass wegen fehlender Vorgaben des Bundes, der Kreis am 31.12. diesen Jahres eben nicht ausreichend aufgestellt ist, um dem betroffenen Personenkreis, die bisher gewohnten Dienstleistungen voll und nahtlos zur Verfügung zu stellen. Das Signal aus dem Bund, dass eine Grundgesetzänderung wohl im vierten Quartal 2010 kommen könnte, macht uns nicht zuversichtlich, sondern entlockt uns nur ein „Hoffentlich eher“! Von uns, Herr Landrat, darum die Bitte, notfalls in Sondersitzungen die erforderli-

chen Entscheidungen in der Sache herbeizuführen, sobald verwertbare und verlässliche Erkenntnisse vorliegen. Hier darf keiner der betroffenen Menschen auf der Strecke bleiben.

Zum Thema Kompetenzzentren, meine Damen und Herren, haben wir den Antrag gestellt, alle Förderschulen unter der Trägerschaft des Kreises zusammen zu fassen. Einerseits um Synergieeffekte zu erreichen und andererseits durch die gemeinsame Trägerschaft die Inklusion auf Kreisebene organisatorisch leichter darzustellen.

Die Schulministerin hat in Ihrem Schreiben vom 25. Januar d.J. an den Landrat keine verbindliche Zusage gemacht, dass der Kreis Mettmann an der Pilotphase für den Ausbau von Förderschulen zu Kompetenzzentren teilnehmen kann. Je nach Entwicklung ist es für die Ministerin zwar denkbar, dass der Kreis Mettmann doch noch in den Piloten einsteigen kann, was nichts anderes heißt: Der Kreis Mettmann arbeitet auf eigenes Risiko weiter. Darum mahnen wir hier zur wohlverstandenen Vorsicht.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Wir halten die gemeinsame Beschulung von behinderten und nichtbehinderten Schülerinnen und Schülern, gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention, auch für die Regelschulen für einen Gewinn! Das hier vorgelegte Tempo birgt aber erhebliche Risiken für die betroffenen Personen, die betroffenen Schulen, die kreisangehörigen Städte und den Kreis selbst, wenn die Finanzierbarkeit nicht vorher abgesichert ist. Die grundsätzliche Bereitschaft aller beteiligten Schulen und Städte, in und an den Kompetenzzentren mitzuwirken, heißt aber nicht, dass dort auch die räumlichen, logistischen, personellen und finanziellen Voraussetzungen bestehen, diesen Schritt in den Systemwechsel und darüber sprechen wir hier, zu stemmen.

Die Bedenken und Anregungen von Behindertenvertretern, sind nicht oder noch nicht ausgeräumt. Unsicher ist, dass jetzt bestehende Standards in den Einrichtungen für Behinderte auch an den Regelschulen geleistet werden können. Ist also die eingeschlagene Eile dem Anliegen dienlich? Warum kann der Kreis nicht abwarten, welche Erfahrungen die 20 Pilotstädte und Kreise hier sammeln? Was passiert mit dem Projekt und den eingegangenen Verpflichtungen, wenn die Landtagswahl im Mai eine völlig neue oder andere Landesregierung hervorbringt? Oder glaubt hier wirklich noch jemand im Raum, dass CDU und FDP in Düsseldorf sicher weiter machen können? Wir jedenfalls glauben das nicht. Wir glauben, dass „die“ Sommer schon im Mai am Ende ist.

U. E., meine Damen und Herren, muss das gesamte Inklusionsprojekt in Ruhe nochmals fachlich, pädagogisch und finanziell überarbeitet werden. Völlig unberücksichtigt ist hier die eintretende Situation an vielen Gymnasien, die es mitten in einer Phase größter, grundlegender Reformen trifft: Gleichzeitig mit der Verkürzung der Schulzeit auf G8, gleichzeitig mit dem Umbau zur Ganztagschule soll die Inklusion als 3. Systemwechsel geschafft werden? Ein solcher Schritt erfordert mehr Zeit und Sorgfalt, auch an den aufnehmenden Schulen. Das ehrgeizige Ziel, sehr schnell in die Pilotphase einzusteigen, sollte der Kreis Mettmann aufgeben. Wir werden der Maßnahme zum jetzigen Zeitpunkt darum nicht zustimmen.



Sehr geehrte Damen und Herren, Herr Landrat, wir haben heute in vielen Belangen zur Vorsicht gemahnt. Wir hoffen, dass unsere Worte konstruktiv aufgenommen werden. In der Hoffnung auf diese konstruktive und sachliche Zusammenarbeit mit Verwaltung, Landrat und den anderen Fraktionen können wir dem Kreishaushalt 2010 in seiner Grundausrichtung als Basis für das politische Handeln in diesem Jahr zustimmen.

Mir bleibt noch Dank zu sagen, dem Kämmerer und seinem Team, für die gute Zuarbeit zu unserer Klausurtagung und während der Haushaltsberatungen.

Ihnen allen danke ich, dass Sie mir zugehört haben.



Stichworte Etatverabschiedung 2010 – K.D. Völker

Beteiligungsrechte kreisangehöriger Gemeinden § 55 KrO

Auszug aus dem Kommentar

Schreiben an die Kämmerer vom 26.10.2009

Text Presseerklärung vom 19.3.2010

Auszug Kreiskämmerer-Haushaltseinbringungsrede Seite 9

Beispiele interkommunaler Zusammenarbeit im Kreis

Zitat aus WZ v. 11.2.2010 „Nachhilfe vom Spar-Guru“

Personalkostenentwicklung 2006 bis 2010

Zitat Wedel in der WZ v. 17.3.2010

Rede Landrat „Arbeitsgruppe Finanzstruktur“

Kreistagsbeschluss jährlich 250 TEUR

Stellenplan – Einsparung einer B2-Stelle – kw-Vermerk

p.A. Netto 74 TEUR

Dezernat derzeit 3 Ämter: Umwelt/Planung/ Vermessung + Kataster

Mögliche Zuordnung Aufgabe des Landrats

Denkbar: Umwelt zu Dez.3 - Planung zu Dez. 2 – Rest ???

Verbesserungen ggü. Entwurf . LVR = 1 Mio – VRR = 1Mio.

Vorteil 1999-2009 aus KVGM-Konstrukt für Städte = 18,2 Mio.

18 Mio aus Rücklageentnahme für 2011 und 2012 geplant;  
für CDU mit Blick auf Notwendigkeit von Mensen an Berufskollegs  
noch offen.

Gemeindefinanzen - Schaubild

Finanzausgleich – vorl. Gutachten ?

Gemeindefinanzreform – Bund gefordert

Merkel am 20.3. in Münster. „Einsicht?“

Klageprüfung w/Finanzierung von Bundesangelegenheiten  
durch den Kreis.

Auflösung Landkreistag – Städtetag – Städte- und Gemeindebund  
nur noch ein Kommunalverband als Interessenvertreter.

Sozialetat – plus 10,1 Mio. – hohes Risiko w/KdU/ARGE

1975=41 Mio. – 2010=175 Mio. Steigerung p.A.=9,5%

LVR 1975=16,2 Mio. – 2010= 111 Mio. p.A. 17% Umlageerhöhung

LVR Sozialhilfe von 2004 auf 2010 = 28,6%

seltsame Listenverbindung: SPD+ FDP+ Linke+ Grüne  
riesige Ausschussgrößen = Mehrkosten

ALTERnativen 60plus – Zufrieden älter werden im Kreis ME

Zusammenfassung

Neue Richtlinien „Seniorenbegegnungsstätten“

Freiwillige Ausgaben – weit weniger als 2%

Erhöhungen rd. 550 TEUR – Einsparungen rd. 395 TEUR

Insgesamt ein Plus von 108 TEUR

Kompetenzzentren

Unwort des Jahres „Inklusion“

Aufklärung insbes. an weiterführenden Schulen notwendig  
Förderschullandschaft aktiv umgestalten  
Voraussetzung: Zulassung zum Modellversuch des Landes

**Kultur und Tourismus – auch als Wirtschaftsförderung**

**Ausgangspunkt: Antrag CDU-Fraktion – Zitat**

**Kreiswanderweg/Neanderlandroute – zu langsam,  
Professionalität fehlt – Anbindung an Sehenswürdigkeiten**

**Radweg – Niederbergbahn-Trasse : muss 2011 befahrbar sein  
Kreis muss Druck machen oder selbst handeln.**

**Imagefilm gut – aber nicht genügend publiziert – Büchereien  
aber auch beim Kreispresseamt immer wieder Hinweise  
Weitere Möglichkeiten :**

**NaturKulTour Neandertal – Masterplan für ein Kulturerbe der  
Eiszeit  
guter Anfang für das Neanderland – muss kreisweit ergänzt  
werden.**

**Masterplan Tourismus Nordrhein-Westfalen bietet Anregungen  
und Hilfen.**

**Kulturhits als Vision: Neanderland-Classics – Versuch zweier  
Laien.**



**DIE LINKE.**

## **Haushaltsrede 2010**

der Vorsitzenden  
der Fraktion DIE LINKE  
im Kreistag des Kreises Mettmann

Ilona KÜCHLER

Mettmann, den 22. März 2010

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrter Herr Landrat,

beim Haushalt - so habe ich es gelernt - handelt es sich um ein in die Zukunft gerichtetes Zahlenwerk: Absichten und Erwartungen, Investitionsplanungen sowie die Schwerpunkte kommunaler Aufgabentätigkeit spiegeln sich darin wieder. Nun ist der Blick in die Zukunft jedoch getrübt. Und vor uns liegen unberechenbare Zeiten.

Bereits in den vergangenen Jahren wurden den Kommunen, ohne einen entsprechenden Finanzausgleich seitens Bund und Land, weitere Aufgabenfelder zugewiesen. Die Folge ist, dass die Gestaltungsspielräume mangels finanzieller Ressourcen abnehmen.

Zusätzlich bekommen wir immer mehr das Ausmaß der Wirtschaftskrise zu spüren. Über 800 Betriebe haben im Kreis Mettmann Kurzarbeit angemeldet und auch die ersten Entlassungswellen haben uns erfasst. Dazu kommt, dass bereits im vergangenen Jahr über 1.000 Betriebe Insolvenz anmelden mussten. Die, aus dieser Entwicklung resultierenden Einbrüche der Gewerbe- und Einkommensteuereinnahmen wirken sich entsprechend negativ auf die Finanzen der Gemeinden und somit auch auf den Kreishaushalt aus.

Die Wirtschaftsweisen prognostizierten für das Jahr 2010 ein Wirtschaftswachstum von ca.1,6% und man könnte meinen Land sei in Sicht.

Dies sind jedoch nur Prognosen. Und wir alle wissen oder erahnen zumindest – dass wir die Talsohle noch nicht durchschritten haben. Ob und wann sich die Wirtschaft in unserem Kreisgebiet erholt, steht in den Sternen.



Sehr geehrter Herr Landrat,

am 14. Januar diesen Jahres haben Sie einen ausgeglichenen Haushaltsentwurf eingebracht.

Auf den ersten Blick haben wir damit eine bessere Ausgangsposition, als viele vergleichbare Kreise und kreisfreie Städte. Aber eben auch nur auf den ersten Blick. Denn diesen ausgeglichenen Haushalt verdanken wir auch der Tatsache, dass der Kreis im Jahre 2008 mit dem Verkauf von einer Million RWE-Aktien einen Erlös von ca. 86 Mio. Euro erzielte und so Schuldenfreiheit erlangte. Gerade zwei Jahre ist dies her und schneller als erwartet befassen wir uns damit, wie wir die Kreisfinanzen stabil halten, ohne Rücklagen anzutasten oder die Kommunen - die sich in der Mehrzahl bereits in einer prekären Lage befinden – zu belasten.

Und unabhängig davon, wie man diesen Verkauf bewerten mag, verdeutlicht es einmal mehr in welcher auswegloser Situation sich die kommunalen Haushalte befinden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Summe der aufzubringenden Kreisumlage ist mit 292 Millionen Euro veranschlagt und wird vorerst auf gleich bleibendem Niveau gehalten, so dass der Prozentsatz nur minimal steigt – das ist erfreulich. Und doch stellt das Aufbringen dieses Minimums für die meisten Kommunen schon heute eine Herausforderung dar.

Seit langem regiert vor Ort der Rotstift und bei den Haushaltsberatungen wurde deutlich, auch der Kreis Mettmann macht von diesem Gebrauch.

Ein exemplarisches Beispiel ist hier die Verschiebung des ursprüng-

lich geplanten Baus der Mensen an den berufsbildenden Schulen Neandertal und Niederberg. Die Notwendigkeit dieser Mensen, die sich aus den veränderten Rahmenbedingungen ergibt, wird dabei weder von den Parteien noch von Ihnen, Herr Landrat, infrage gestellt. Und doch werden diese erforderlichen Baumaßnahmen, bedingt durch die angespannte Haushaltslage, verschoben.

Nun könnte ich an dieser Stelle spekulieren, ob die finanziellen Voraussetzungen sich in den nächsten Monaten und Jahren tatsächlich verbessern und solch wichtige Projekte, ohne den Haushalt zu belasten, realisierbar sein werden. Verzichte jedoch darauf, da ich davon ausgehe, dass ihre Mutmaßungen sich diesbezüglich mit meinen decken.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
sehr geehrter Herr Landrat,

zu Beginn sprach ich die sinkenden Gewerbesteuereinnahmen an, die uns als Mindereinnahmen Kopfzerbrechen bereiten. Gleichzeitig sorgen auch noch steigende Sozialausgaben für eine deutliche Mehrbelastung.

Bereits 2009 sind die vorgesehenen Ausgaben in vielen Teilbereichen überschritten worden. Die Zahl der Menschen, die im Kreis Mettmann auf Transferleistungen angewiesen sind stieg stetig an und mit ihnen die Kosten. So standen z.B. den veranschlagten 79,1 Millionen Euro für die Kosten der Unterkunft von ALG-II-Empfängern am Ende 82,4 Millionen Euro gegenüber. Ob Pflegewohnung, Grundsicherung im Alter oder Erwerbsminderung – kaum ein Bereich, dessen tatsächliche Ausgaben die einkalkulierten Kosten nicht sprengten. Und man muss keine hellseherischen Fähigkeiten besitzen um zu erkennen, dass sich dieser Trend fortsetzt.

Dies sind fatale Aussichten für einen Haushalt der auf Zahlen basiert.

Ein Umsteuern von Bund und Land tut Not und ein angemessener Finanzierungsausgleich muss aufgestellt werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
die politischen Entscheidungen, die im Kreis und seinen Städten getroffen werden, sind für die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar spürbar. Daher sollte eigentlich für die Kommunalpolitik das Gestalten Vorrang vor dem Verwalten haben.

Vorerst sieht die Realität jedoch anders aus. Am 4. Dezember 2009 hat die Bundesregierung, das so genannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz verabschiedet. An diesem werden sich die Kommunen mit 1,6 Milliarden Euro beteiligen müssen. Eine Entlastung für die Gemeinden ist im Gegenzug nicht in Sicht.

Und auch vom Land erhält der Kreis Mettmann zum sechsten Mal in Folge keine Ausgleichsmittel.

Also auch hier keinerlei Entlastung für die übertragenen Aufgaben.

Im Gegenteil - die Landesregierung hat uns erst kürzlich mit einer Gesetzesänderung zur Erhebung der Jagdsteuer gezwungen, in den kommenden Jahren auf die damit verbundenen Einnahmen zu verzichten. Bis zum Jahr 2013 wird die Jagdsteuer auf Null herabgestuft. Für den Kreis Mettmann macht das rein rechnerisch ca. 56.000 € aus. Im Verhältnis zu den Summen, mit denen im Haushalt jongliert wird in der Tat ein relativ geringer Betrag. Auf der anderen Seite gibt es im Kreis unzählige Gruppen, die mit diesem Geld Unterstützung finden könnten. Viele dieser Gruppen – wie der Kinderschutzbund, die Verbraucherschutzzentrale oder Pro Familia - um nur einige zu nennen - leisten wertvolle Arbeit. Durch zahlreiche präventive Angebote nehmen sie der öffentlichen Hand nicht nur ein Stück Verantwortung ab, sondern verhindern auch Folgekosten. Diese lassen sich zwar nicht oder nur schwer beziffern, stellen aber ohne Frage eine Entlastung dar.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir werden heute einen Haushalt verabschieden, der trotz relativ guter Voraussetzungen durch Einschnitte, Sparmaßnahmen und vom Verschieben ursprünglich geplanter Maßnahmen gekennzeichnet ist. Wir, die Fraktion DIE LINKE, haben während der Haushaltsberatungen in vielen Punkten unsere Zustimmung signalisiert. Aber es gibt auch eine Reihe von Entscheidungen, die wir nicht mittragen können oder wollen.

Einer dieser Punkte ist die Art und Weise wie auf Kosten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schleichende Sparmaßnahmen durchgeführt werden sollen. Hier heißt das Zauberwort „Arbeitsverdichtung“ und meint letztendlich nichts anderes, als dass die umfangreichen Arbeitsfelder einer Verwaltung auf immer weniger Schultern verteilt werden.

Bei der Auflösung der Fachstelle für Frau & Beruf hat die Politik – und somit auch unsere Fraktion – schmerzlich erfahren müssen, dass nicht nur die Gestaltungsspielräume begrenzt sind, sondern auch der Einfluss mangels Zuständigkeit nicht gegeben ist.

Eine eigene Meinung haben wir dennoch zu dieser Maßnahme und erlauben uns diese kund zu tun.

Die Fachstelle Frau & Beruf soll auf die Wirtschaftsförderung und die Gleichstellungsstelle verteilt werden. Für uns ein völlig falsches Signal und mangelnde Wertschätzung der geleisteten Arbeit.

Die Fachstelle ist eine zentrale Anlaufstelle. Sie ist verlässlicher Partner bei der Zusammenarbeit der Gleichstellungsbeauftragten des Kreises, für Schulen, Kammern, Arbeitsagenturen sowie Verbänden. Und sie hat eine wichtige Rolle bei der Umsetzung von Chancengleichheit übernommen. Zahlreiche Projekte auf den Weg gebracht und begleitet. Organisieren, koordinieren, Ideen entwickeln – Aufgaben, die viel Zeit und Energie in Anspruch nehmen. Arbeit – die nun zusätzlich an anderer Stelle geleistet werden soll.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Landrat, nicht immer lässt sich eine abweichende Beurteilung mit mangelnder Kenntnis vom Tisch wischen. Zuweilen liegt es am Blickwinkel mit dem man die Dinge betrachtet. Dabei ist es nicht unmaßgeblich welchen Stellenwert man ihnen einräumt.

So stellt sich für uns beispielsweise auch die Frage, ob die Streichung von Buslinien die richtige Entscheidung ist? Oder ob nicht gerade in der heutigen Zeit der Blick verstärkt auf den Ausbau des Öffentlichen-Personen-Nah-Verkehrs gelenkt werden müsste?

Viele Gründe sprechen dafür, dass sich zukünftig mehr Menschen umorientieren - Weg vom Individualverkehr hin zum ÖPNV.

Neben zunehmendem Umweltbewusstsein spielen hier auch Faktoren wie steigende Arbeitslosigkeit sowie steigende Benzinkosten sicher eine Rolle. Dieser Entwicklung sollte bereits im Vorfeld Rechnung getragen werden. Auch die Einführung eines Sozialtickets im VRR-Bereich – wenn es denn kommt – wird für steigende Fahrgastzahlen sorgen.

Hier verweise ich auf die Fallzahlen der Städte Köln sowie Dortmund.

Aber nicht immer darf der Kostenfaktor ausschlaggebendes Entscheidungselement sein. Öffentliche Daseinsvorsorge ist das Rückgrat unserer Gesellschaft. Aus diesem Grund ist die öffentliche Hand verantwortlich für die Bereitstellung notwendiger Güter und Leistungen. Eine flächendeckende Versorgung in guter Qualität ist auch dann sicherzustellen, wenn es sich „nicht rechnet“.

Folgerichtig hat sich der Kreis Mettmann unter anderem die Sicherung von Mobilität auf die Fahne geschrieben. Der Ansatz ist zweifelsfrei der Richtige, nun müssen wir nur noch die unterschiedlichen Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürgern, der Politik und der Verwaltung auf einen Nenner bringen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich habe diese beiden Beispiele gewählt, weil es sich nicht immer um spektakuläre Entscheidungen handeln muss, die unser Leben beeinflussen. Und nicht immer sind die damit verbundenen Konsequenzen für alle Bürgerinnen und Bürger von gleicher Intensität geprägt. Und doch verändern sie nach und nach unsere Lebensbedingungen.

Mit jeder unserer Entscheidungen verändern wir auch gesellschaftliche Strukturen, grenzen Menschen aus oder nehmen sie mit. Und somit verändern wir Schritt für Schritt unser Umfeld und auch unsere eigene Lebensqualität.

Sehr geehrter Herr Völker,

bei unserer ersten Begegnung sagten Sie sinngemäß: „Sie werden sehen, hier im Kreis arbeiten wir nicht gegeneinander sondern miteinander“.

Nun, ich nehme nicht nur Herrn Völker beim Wort, sondern appelliere an die Vertreter aller Parteien diesen Grundsatz zu beherzigen und sich geschlossen für die Einhaltung des Konnexitätsprinzips stark zu machen. Hier sind vor allem die Vertreter gefragt, deren Parteien in Regierungsverantwortung sind. Denn nur die Bekämpfung der strukturellen Unterfinanzierung der kommunalen Ebene wird uns auf Dauer ermöglichen Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, die allen Menschen ein würdevolles Dasein ermöglichen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

bevor ich nun zum Ende komme, möchte ich nicht nur Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit danken, sondern auch im Namen der Fraktion DIE

LINKE, den Damen und Herren der Verwaltung unseren Dank aussprechen; die Papiere auf- und vorbereiteten, geduldig zuhörten und Fragen beantworteten, und somit zumindest den Blick für Zahlen und Fakten schärften.